

AKADEMIE - REPORT

AKADEMIE FÜR POLITISCHE BILDUNG TUTZING



1 / 2005

Buchensee 1 • 82327 Tutzing • Telefon 08158/256-0 • Fax 08158/256-14+51
Internet: <http://www.apb-tutzing.de> • E-mail: Chefsekretariat@apb-tutzing.de

Erfolgsfaktor Zuhören



Können wir noch bewusst zuhören und uns konzentriert und ausdauernd auf das gesprochene Wort einlassen? Eine Fachtagung analysierte die Fähigkeit und Bereitschaft zum Zuhören in Politik, Wirtschaft und den Medien. Bundesministerin Renate Schmidt (SPD) und Landtagspräsident Alois Glück (CSU) diskutierten mit dem Sprachwissenschaftler Hartwig Eckert (Mitte) die Bedeutung des Zuhörens in der Politik.

Seite 3-5

Generationenpakt statt Generationenkonflikt?

Dem sich immer rasanter wandelnden Verhältnis zwischen den Generationen und den daraus resultierenden Chancen und Gefahren war eine Reihe von vier Abenddiskussionen mit dem und im Bayerischen Landtag gewidmet. Repräsentanten der Generationen aus Wissenschaft, Parteien und Verbänden tauschten unter der Gesprächsleitung des Land-

tagspräsidenten Alois Glück Informationen und Meinungen aus. Die vier Abende waren für alle die eine Enttäuschung, die bei jeder Gelegenheit den „Krieg der Generationen“ diagnostizieren. Es zeigte sich, dass bei allen Gegensätzen ein Willen vorhanden ist, sachlich über die anstehenden Probleme zu reden.

Seite 6-8

Bilder vom Anderen

Integration, Parallelgesellschaft und wieder einmal Leitkultur waren die Stichwörter der migrationspolitischen Debatte der letzten Wochen und Monate. Das neue Zuwanderungsgesetz und der sich lauter gebärende Rechtsextremismus und Neo-Nazismus haben die Diskussion angeheizt.

Das waren die Rahmenbedingungen, als sich zu Jahresbeginn die Akademie bei einer Tagung in München der Frage zuwandte, welche Rolle die Massenmedien bei der Integration von Migranten spielen und auf welche Bilder und Vorstellungen von Migration gerade Heranwachsende in den Medien – besonders im Fernsehen – stoßen.

Seite 12-14

Weitere Themen im Heft:

- | | |
|---|----------|
| <i>Erfahrungen mit dem Euro</i> | Seite 9 |
| <i>Neue Wege der Bürgerbeteiligung</i> | Seite 15 |
| <i>Neuorientierung der US-Politik nach den Wahlen</i> | Seite 18 |
| <i>Viererkoalition – nur eine Episode?</i> | Seite 24 |
| <i>Visionär und Reformer: Knoeringen</i> | Seite 32 |

Inhaltsverzeichnis

	Seite
<u>Erfolgsfaktor Zuhören:</u>	
Drohen der Menschheit „Bonsai-Ohren“?	3
<u>Generationenpakt statt Generationenkonflikt?</u>	
Generationenpakt statt Generationenkonflikt?	6
<u>Akademiegespräch im Landtag:</u>	
Der Euro – Erfahrungen und Herausforderungen	9
<u>Bilder vom Anderen</u>	
Bilder vom Anderen	12
<u>Wege zu einer anderen Politikkultur?</u>	
Wege zu einer anderen Politikkultur?	15
<u>USA und Europa:</u>	
Supermarkt und Wirtschaftsblock	18
An den Grenzen der Integration	20
Die Kunst des Fragens	21
„Die gemeinsame Grenze verbindet Polen und Deutsche“	22
<u>Rückblick nach 50 Jahren:</u>	
Die Viererkoalition – nur eine Episode im Nachkriegsbayern?	24
Mehr Licht und Durchblick beim Empfang	31
„Den Kompass suchen, nach dem zu segeln ist...“	32
Zeitungsecho – Medienstimmen – Pressesplitter	34
Rezensionen – Neuerscheinungen – Publikationen	36
Jahresbibliografien 2004	38
Themen – Tagungen – Termine	40
Namen und Nachrichten / Anmeldeformular	44

Direktor der Akademie:

Prof. Dr. Dr. h.c. Heinrich Oberreuter

Vorsitzender des Kuratoriums:

Prof. Dr. Dr. h.c. (mult.) Hans Maier

Vorsitzender des Beirats:

Siegfried Kett

Kollegium:

Prof. Dr. Peter Hampe, Dozent

Wirtschafts- und Sozialpolitik, Politische Bildung

Saskia Hieber

Internationale Politik

PD Dr. Michael Piazolo, Dozent

Europapolitik, Staats- und Verfassungsrecht, Rechtspolitik

Dr. Michael Schröder, Dozent

Medien, Kommunikationspolitik, Öffentlichkeitsarbeit

Dr. Manfred Schwarzmeier

Pers. Referent des Direktors

Parlamentarismus- und Parteienforschung

Dr. Jürgen Weber, Dozent

Politikwissenschaft, Zeitgeschichte

Karl-Heinz Willenborg

Gesellschaft und Umwelt, Sozialpolitik und -arbeit

Miriam Wolf

Ethik und Politik

Organisationsreferat:

Elke Leisching

Dipl.-Betriebswirtin (VWA)

Akademie-Report

Herausgeber:

Akademie für Politische Bildung

Buchensee 1 82327 Tutzing

Tel. 08158/256-0 Fax 08158/256-14

Internet: <http://www.apb-tutzing.de>

E-Mail: K.Sittkus@apb-tutzing.de

Redaktion:

Prof. Dr. Dr. hc. Heinrich Oberreuter
(verantw.)

Dr. Michael Schröder
(Redaktion und Gestaltung)

Mitarbeit / Layout: Karin Sittkus

Druck:

Dinauer Medienbetrieb GmbH
Lindberghstraße 4 82178 Puchheim

Logo: KR-Team Karin Rappenglück, Pöcking

Der Akademie-Report wird kostenlos abgegeben

Erfolgsfaktor Zuhören:

Drohen der Menschheit „Bonsai-Ohren“?

Falsche Kommunikation verursacht Milliardenschäden in der Wirtschaft

Die Erkenntnis wächst, dass für die Lösung von Problemen und Konflikten in Staat und Gesellschaft der Fähigkeit zum Zuhören mehr und mehr eine Schlüsselrolle zukommt. Andererseits und gleichzeitig wird eine abnehmende Fähigkeit zum Zuhören schon in der jüngeren Generation beklagt. Denn Zuhören ist mehr als bloßes Hören und Hinhören. Dieser reale oder auch nur wahrgenommene Mangel an erlebter Zuhörkompetenz hat Folgen: Missverständnisse, Produktionsverluste, finanzielle Einbußen, Reibungsverluste, Ungeduld und eine unverantwortliche Reduktion von Komplexität zugunsten simpler Aussagen.

Wenn Informationen und Botschaften aufgrund mangelnden Zuhörens anders ankommen als sie gemeint sind, wird der Erfolg zielorientierten Handelns erschwert. Die „weiche Fähigkeit“ des achtsamen und gekonnten Zuhörens könnte mit dazu beitragen, der Wirtschaft den Erfolg zu bringen, der ihr bisweilen entgeht. Könnte das Zuhören in der Politik nicht eine notwendige Bedingung für die Lösung immer komplexerer Probleme sein? Und für die Zukunft der Medien ist es vielleicht das letzte und entscheidende Kriterium für seriösen Journalismus in einem immer härter werdenden Kampf um Aufmerksamkeit.

Neben unserer Akademie hatten sich noch die Evangelische Akademie Tutzing, die Stiftung Zuhören und der Lehrstuhl für Grundschulpädagogik der Münchner Universität entschlossen, in einer Fachtagung die Fähigkeit und Bereitschaft zum Zuhören in Politik, Wirtschaft und den Medien näher zu analysieren. Können wir noch bewusst zuhören und uns konzentriert und ausdauernd auf das gesprochene Wort einlassen?

Weghören bei Rechtsextremen?

Der Flensburger Sprachwissenschaftler Hartwig Eckert, der sich seit vielen Jahren mit Kommunikation, insbesondere an der Schnittstelle von

Stimme und Wort beschäftigt, führte ein besonders prägnantes Beispiel von Weghören vor: Der gemeinsame Auszug der versammelten Spitzenkandidaten der etablierten Parteien aus dem Fernsehstudio am Abend der sächsischen Landtagswahl beim Auftritt des



Renate Schmidt: „Ich setze mich für Gruppen ein, denen man nicht automatisch zuhört.“

NPD-Spitzenkandidaten Apfel. Zugleich wies er mit der Abschrift des anschließenden „Interviews“ nach, dass nicht mehr zugehört wurde, sondern nur noch durcheinander geredet wurde und mit Hilfe der lauten Stimme die Vorherrschaft am Mikrophon erkämpft wurde.

Die Bundesfamilienministerin Renate Schmidt konnte auch keine Patentantwort auf die provozierende Herausforderung durch Rechtsextremisten und Neonazis geben: „Wir dürfen nicht

zulassen, dass solche Auftritte zum Normalfall werden. Die angemessene Reaktion bleibt eine Gratwanderung.“ Und der Präsident des Bayerischen Landtags, Alois Glück, assistierte: „Wir dürfen diese Leute durch Ausgrenzung nicht zu Märtyrern machen!“



Alois Glück: „Grundsatzfragen der Politik sind nur schwer vermittelbar.“
Fotos: Schröder

Auf das eigentliche Tagungsthema angesprochen, herrschte große Einigkeit zwischen den beiden Politikern, die viele Jahre in der ersten Reihe des Bayerischen Landtags nebeneinander als Fraktionsvorsitzende ihrer Parteien gesessen hatten. Beide beklagten die Medienrituale, bei denen Kritik an Leuten aus den eigenen Reihen in der Öffentlichkeit am besten zu transportieren sei, Grundsatzfragen der Politik dagegen nur schwer vermittelbar seien. Und eine Teilhabe des Publikums an internen, kontroversen Diskussionen werde nach Möglichkeit vermieden, weil Zerstrittenheit schlechte Wahl- oder Umfrageergebnisse zur Folge hat. Dazu passt auch, dass gute politische Führung oft mit Diskussionsarmut verwechselt werde. Ebenso fehle die Zeit zum Nachdenken: „Keiner hat die Freiheit, sich dafür die Zeit zu nehmen“ (Schmidt).

Alois Glück ergänzte: „Wir haben keine Chance, in Ruhe Entscheidungen zu treffen. Anders als in der Wirtschaft, wo Entscheidungen monatelang vorbereitet werden. In der Politik haben wir keine Woche Zeit, irgendetwas intern zu halten.“

Renate Schmidt reklamierte für sich als Antriebselement ihrer Politik den Einsatz für Gerechtigkeit: „Ich setze mich für Gruppen ein, denen man nicht automatisch zuhört.“ Interesse an Menschen sei die Voraussetzung für politisches Engagement. Ähnlich sieht es Alois Glück, der es als sehr wichtig bezeichnete, die Menschen ernst zu nehmen. Bürgersprechstunden sind für beide Politiker trotz voller Terminkalender unentbehrlich, um nicht die Bodenhaftung zu verlieren: „Da höre ich zu und nehme mit allen Sinnen auf (Schmidt)“.

Vertrauensverlust

Der tägliche Kampf um mediale Aufmerksamkeit und Schlagzeilen und die Symbiose mit den Medien sei wohl

„Wir müssen täglich die Briefträger sein, die die Hunde beißen“.

Renate Schmidt, Bundesfamilienministerin

auch ein Baustein für den Vertrauensverlust der Politik. „Übereinstimmung ist nun mal keine Nachricht“, kritisierte Schmidt die Auswahlkriterien der Jour-

nalisten. Auch wenn es zwischen Politikern unterschiedlicher Lager selbstverständlich Wertschätzung und Respekt gebe, so sei die politische Auseinandersetzung und Debatte doch ein sportlicher Wettkampf, bei dem man



Jörg Lindberg: „In den Führungsstagen der Wirtschaft hat man das Problem erkannt.“

schließlich Sieger bleiben wolle. „Deswegen ist der Glück doch nicht mein Feind“, sagte die Ministerin. Aber Politiker leben nun einmal in erster Linie davon, „stattzufinden“, nicht

vom geduldigen Zuhören. „Wir müssen täglich die Briefträger sein, die die Hunde beißen“, interpretierte die SPD-Politikerin eine alte Journalistenregel.



Amüsante „Hör-Spiele“ lockerten Stimmung und Atmosphäre.

Zuhören ist erlernbar

Kostspielige Fehlentscheidungen in der Wirtschaft durch falsche Kommunikation und Nicht-Zuhören beobachtet der Gesprächsforscher Martin Hartung täglich bei seiner Beratungsarbeit in Unternehmen. Professionelles Zuhören sei erlernbar, aber auch sehr anstrengend. Bei Managern sei Zuhören wenig populär, Durchsetzungsfähigkeit sei gefragt. Hartung sprach von einer „vernachlässigten Schlüsselqualifikation“. Auch Gewerkschafter Richard Polzmacher von der IG Metall stellte eine Tendenz zum Nicht-Zuhören fest. Der Produktivwert von einem Drittel der Arbeitstage in



Gewerkschafter Richard Polzmacher beobachtet eine Tendenz zum „Nicht-Zuhören“ in der Wirtschaft.

Deutschland, umgerechnet 158 Mrd. Euro, ginge jährlich durch fehlerhafte Kommunikation verloren. In den Führungsetagen der Wirtschaft habe man das Problem erkannt, sagte Jörg Lindberg, bei Audi zuständig für die interne Kommunikation. Es finden auch spezielle Schulungen statt, sie seien wohl aber nicht ausreichend. Hartung forderte, das Zuhören-Können müsse mit einem hohen Wert versehen werden, umgekehrt sollte Nicht-Zuhören stärker sanktioniert werden.

Recht auf Weghören

Der Radiojournalist und Kulturwissenschaftler Max Ackermann forderte angesichts der Reizüberflutung in den Medien ein „Recht auf Weghören“ und gelegentliche Wahrnehmungsverweigerung als Voraussetzung und Bedingung für gutes Zuhören. Auch er beklagte wie schon die Politiker vor ihm, dass Aufmerksamkeit in den Medien vor allem durch laute, lärmende Rituale erzielt wird.

Christoph Lindenmeyer, Kulturchef des Hörfunks des Bayerischen Rundfunks (BR), fürchtete schon, der Mensch der Zukunft werde nur noch mit „Bonsai-Ohren“ ausgestattet, weil er das Hören allmählich verlernen würde. Aber sein Kollege Hans Sarkowicz vom Hessischen Rundfunk (HR) konnte ihn beruhigen: „Es gibt keine Krise, sondern eine Renaissance des Hörens!“ Über 500 Hörbuchverlage machen gute Geschäfte. Die Kooperation mit der Bahn, die in ihren ICES Hörspiele anbietet, laufe gut. „Die Leute hören zwar nicht im Zug mit Kopfhörer, aber sie kaufen anschließend die Hörbücher.“ Er wolle das Hörbuch auch nicht als Konkurrent zum Hörspiel im Radio sehen: „Die beiden stützen sich eher.“ Derzeit laufen im BR und HR zwei große ambitionierte Hörspielprojekte: im BR „Der Mann ohne Eigenschaften“ von Robert



Marianne Koch: „Ärzte lernen nichts über richtiges Zuhören.“

Musil und im HR das „GröHaZ“ (größtes Hörspiel aller Zeiten) „Otherland“. Mit dieser Phantasy-Science-Fiction-Geschichte werde eine völlig neue, sehr junge Zielgruppe angesprochen. In den Jahren zuvor hatten schon die Mammutprojekte „Der Zauberberg“, „Der Herr der Ringe“ und „Moby Dick“ Hörspielgeschichte geschrieben.

Die Schauspielerin, Ärztin und Journalistin Marianne Koch berichtete, dass sie und alle anderen Mediziner Verständlichkeit und Zuhören in der Ausbildung nicht gelernt hätten. Ge-

rade die so wichtige Gesprächsführung sei kein Thema gewesen. Koch, selbst immer noch mit einer eigenen Medizinsendung im BR-Hörfunk vertreten, sagte: „Zuhören ist so wertvoll, weil es Wertschätzung gibt.“



Christoph Lindenmeyer: „Hat der Mensch der Zukunft nur noch Bonsai-Ohren?“

Doch die rund 100 Tagungsgäste mussten sich nicht auf das Zuhören beschränken: Daniela Arnu animierte zu spontanen „Hör-Spielen“, bei denen sich Gruppen innerhalb kurzer Zeit zu Themen wie „Ehekrach“ und „Parlamentsdebatte“ inspirieren ließen und ihre akustische Inszenierung anschließend dem Publikum vorstellten: Ohne Hilfsmittel und Instrument, nur mit der Stimme.

Mit seiner Stimme faszinierte und fesselte das Publikum der Schauspieler und Regisseur Wolf Euba, der mit einer Lesung aus Thomas Manns „Die Bekenntnisse des Hochstaplers Felix Krull“ einen akustischen Glanz- und Endpunkt dieser ungewöhnlichen Tagung setzte und die vielfältigen Zuhör-Erfahrungen mit einem Sahnehäubchen krönte. ■

Michael Schröder

(Siehe Presseschau Seite 35)



Daniela Arnu (links) und Marion Glück-Levi animierten zu „Hör-Spielen“.

Linktipps:

- <http://www.hr-online.de/website/extern/zuhoren/index.jsp>
- <http://www.br-online.de/br-intern/thema/stiftung-zuhoren/>
- <http://www.institut-gespraechsforschung.de/>

Generationenpakt statt Generationenkonflikt?

Veranstaltungsreihe „Dialog der Generationen“ mit dem Bayerischen Landtag

Dem sich immer rasanter wandelnden Verhältnis zwischen den Generationen und den daraus resultierenden Chancen und Gefahren war eine Reihe von vier Abenddiskussionen mit dem und im Bayerischen Landtag gewidmet. Repräsentanten der Generationen aus Wissenschaft, Parteien und Verbänden tauschten unter der Gesprächsleitung des Landtagspräsidenten Alois Glück Informationen und Meinungen zu den Themenschwerpunkten „Demografischer Wandel in Gesellschaft und Arbeitswelt“, „Generationengerechtigkeit – Nachhaltigkeit“, „Politische, soziale und kulturelle Teilhabe – Interessenvertretung“ sowie „Ethische Grundfragen“ aus. Dass die Positionen der Diskutanten zumeist gar nicht so kontrovers aufeinander prallten, war wohl vor allem für diejenigen eine Enttäuschung, die bei jeder Gelegenheit den „Krieg der Generationen“ diagnostizieren. Die vier Abende zeigten hingegen deutlich, dass bei allen Gegensätzen ein über Generationsgrenzen hinweg feststellender Wille vorhanden ist, sachlich über die Probleme und Chancen im heutigen und zukünftigen Zusammenleben der Generationen zu reden.

Verschiebung der Altersstruktur

Ausgangspunkt der Reihe war die eingehende Analyse des demografischen Wandels in Gesellschaft und Arbeitswelt. Die durchschnittliche Gesamtlebenszeit verlängert sich kontinuierlich, wobei die Zeit nach dem Berufsleben immer mehr zu einem Lebensabschnitt eigener Qualität wird. Was diese Entwicklung für den einzelnen Menschen bedeutet, welche Aufgaben sich für seine Lebensgestaltung und -planung daraus ergeben, waren nur zwei Fragen, die in diesem Zusammenhang zu erörtern waren. Daneben machten die Podiumsteilnehmer immer wieder deutlich, welch zentralen Stellenwert die demografische Entwicklung – immer weniger Kinder und immer mehr Senioren – als eine der zentralen gesellschaftlichen und politischen Aufgaben bei der Bewältigung der Zukunft einnimmt.

Die stellvertretende Vorsitzende des DGB-Bezirks Bayern, Heide Langguth, warnte in diesem Zusammenhang allerdings vor übertriebener Panikmache: „Wir sind kein Volk, das Angst haben muss, auszusterben.“ Langguth

wies darauf hin, dass es in Deutschland im Jahr 1950 insgesamt knapp 69 Millionen Einwohner gab und für das Jahr 2050 immerhin (noch) 75 Millionen Bürger prognostiziert würden. Sie gab außerdem zu bedenken, dass die pessimistischen Prognosen zur demografischen Entwicklung keineswegs so Wirklichkeit werden müssten.

Dieser Ansicht widersprachen der Bevölkerungswissenschaftler Josef Schmid (Universität Bamberg) sowie der Soziologe Stefan Hradil (Universität Mainz) entschieden. Schmid sprach gar von einem „Bevölkerungsdilemma“, weil sich die Altersstruktur innerhalb der deutschen Gesellschaft ganz erheblich verschieben werde. Er rechnete vor, dass derzeit 17 Millionen Deutsche unter 20 Jahre alt sind, im Jahr 2020 wird diese Zahl auf 12 Millionen gefallen sein. Hradil schloss sich dieser Befürchtung an. Er warnte zudem vor einem Mangel an hoch qualifizierten Fachkräften und vor einem Zusammenbruch der sozialen Sicherungssysteme. Weitgehend einig waren sich die Experten darin, dass die Politik auf diese Entwicklung mit verbesserten Bildungsangeboten reagieren müsse. Schmid sprach sich zudem für

eine gesteuerte Zuwanderung aus und forderte, Produktivität und Erwerbsquote zu steigern. Auch sollte Frauen der Weg ins Berufsleben erleichtert werden. „Bis zum Jahre 2050 werden 15 Millionen Erwerbstätige in Deutschland fehlen“, so Hradil.

Auch Walter Bien vom Deutschen Jugendinstitut in München sah in der Erhöhung der Bildungsinvestitionen einen Ausweg aus der Problematik. „Wir müssen in unser Humankapital investieren“, forderte Bien mit Nachdruck.

Schieflagen

Das Thema „Generationengerechtigkeit – Nachhaltigkeit“ stand im Mittelpunkt der zweiten Gesprächsrunde. In seiner Einführung spannte Moderator Alois Glück das Thema auf: Die „Kombination von Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit“, so der Landtagspräsident, „steht hier aus gutem Grund im Mittelpunkt, ist doch Nachhaltigkeit letztlich längerfristiges Denken mit Blick auf Zukunftsverantwortung. Das ist eine besondere Interessenslage, eine besondere Verpflichtung gegenüber der jüngeren Generation.“

Vor einer Verengung des Themas Generationengerechtigkeit auf die jüngere Generation warnte die Erste Stellvertretende Vorsitzende der Landesseniorenvertretung Bayerns, Brigitte Mugele. Als Beispiel für „immer noch herrschende Altersdiskriminierung“ führte sie die Situation älterer Arbeitnehmer in der Arbeitswelt an. Paradox sei es, so Mugele, dass die Menschen immer länger gesund lebten, andererseits aber immer kürzer arbeiteten. Dies passe nicht zusammen. Ihre Forderung: „Es muss eine Flexibilisierung eintreten. Die neuere Forschung zeigt, dass das Strategie- und Erfahrungswissen, auch das Wissen um die Kontexte des Lebens an die Jüngeren weiter gegeben werden sollten. Darauf kann eine Gesellschaft nicht verzichten.“

„Kontinuierliche Veränderungsfähigkeit und die entsprechende Bereitschaft dazu – und zwar über alle Altersgruppen hinweg!“ lautete die Kernforderung Knut Pantels (Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft). Seiner Beobachtung nach befassen sich sehr viele Mitarbeiter sehr früh mit dem Ruhestand. Wer mit 60 heute noch arbeitet, so die Einstellung Vieler, der habe etwas falsch gemacht.

Eher die „Gefahr einer Diktatur der Senioren als die Gefahr, dass die Alten an unserer Demokratie nicht teilhaben können,“ sah Jörg Tremmel (Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen, Oberursel). Seiner Ansicht nach werde auf vielen Feldern auf Kosten kommender Generationen gelebt. Als Beispiele führte er u.a. die Schieflage in der Rentenversicherung, die Ausbildungsplatzmisere für Jugendliche sowie die alle gestalterischen Möglichkeiten lähmende Staatsverschuldung an. Die größere Bereitschaft auch der älteren Generation, mit der Jugend zu teilen, wäre sein Wunsch, so Tremmel.

Er gebe zu, konzidierte daraufhin Ernst Otto Wolfshohl von der „Graue Panther Generationen Bewegung“ (Berlin), dass die Bereitschaft älterer Menschen, für zukünftige Generationen zu sorgen, im Falle der eigenen Nachkommenschaft stärker ausgeprägt sei als für „fremde Personen“. Grundsätzlich sei aber zu fragen, ob es nicht intelligenter Lösungen gebe als das Umlageverfahren in der Sozialversicherung. „Muss nicht die Solidarität des Kapitals helfen, müssen wir nicht alle Einkommen beteiligen an dem, was bezahlt werden muss?“

In dieselbe Richtung argumentierte Christian Seidl, Landesvorsitzender des Bundesverbands Junger Unternehmer (Regensburg). Die Rahmenbedin-

gungen für die jungen Generationen, eigene Altersvorsorge aufzubauen, bedürften dringend der Verbesserung. „Man muss den Menschen einfach mehr überlassen, man muss ihnen die Möglichkeit geben, Kapital zu bilden!“ so Seidls Plädoyer für mehr Freiraum und weniger Staat.

Modell „Wahlalter Null“

Die dritte Runde war um Fragen der politischen, sozialen und kulturellen Partizipation von Jung und Alt herum konzipiert. Hierbei stand die Forderung im Raum, Kinder und Jugendliche sowie Senioren verstärkt in Gesellschaft und Politik einzubinden.

Früher als bisher mit der Politik in Beziehung zu bringen, läge darin, das Wahlalter zu senken.

Für die radikale Variante dieser Möglichkeit sprach sich der Münchner Rechtsanwalt Kurt-Peter Merk vom Verein Allgemeines Wahlrecht aus. Merk, der in Sachen Kinderwahlrecht eine Verfassungsklage verfolgt, argumentierte, dass Kinder und Jugendliche von der politischen Teilhabe per Wahl ausgeschlossen seien. Sie hätten damit keine adäquate Möglichkeit, ihre Interessen vertreten zu lassen, zumal sich die etablierten Parteien in erster Linie um die Belange potentieller Wählergruppen kümmerten. 14-Jährigen werde zwar zugestanden, sich zu ent-



Der demografische Wandel war das Thema der Eröffnungsveranstaltung des „Dialogs der Generationen“, den die Akademie zusammen mit dem Bayerischen Landtag veranstaltete. Von links Akademiedirektor Heinrich Oberreuter, Landtagspräsident Alois Glück, DGB-Vize Heide Langguth, der Soziologe Stefan Hradil, Bevölkerungswissenschaftler Josef Schmid und Jugendforscher Walter Bien.
Foto: Heier

Die Präsidentin des Bayerischen Jugendrings, Martina Kobriger (München), stellte fest, dass sich entgegen vieler vorschneller Urteile junge Menschen schon jetzt sehr stark für das Gemeinwesen einsetzen. Trotz dieser Tatsache seien sie aber dort, wo Politik gemacht werde, nicht angemessen vertreten. Dies sei deswegen besonders bedenklich, da die jungen Leute von den heute in Kraft gesetzten politischen Entscheidungen am meisten betroffen seien. Kobriger äußerte die Erwartung, dass insbesondere die Parteien ihrem Nachwuchs größere Chancen einräumen sollten. Eine generelle Möglichkeit, junge Menschen schon

scheiden, welcher Konfessionsgemeinschaft sie angehören möchten, wählen dürften sie aber nicht, so Merk. Das Modell „Wahlalter Null“ könnte so funktionieren, dass für Kinder bis 14 Jahre stellvertretend die Eltern abstimmen, danach sollten die jungen Leute selbst zur Wahl gehen können.

Die Stadtverordnete der „Grauen Panther Wuppertal“, Christa Aulenbacher, und Akademiedirektor Heinrich Oberreuter standen der Absenkung des Wahlalters eher ablehnend gegenüber. Sie favorisierten statt dessen Erleichterungen für junge Leute, innerhalb etablierter Strukturen (Parteien, Ver-



Zeichnung: Mester

bände) schneller verantwortungsvolle Positionen besetzen zu können. Außerdem sei es mitnichten so, dass die Interessen der jungen Generation von der Politik total vernachlässigt würden, fügte Oberreuter an. Ganz im Gegenteil: „Nichts ist in der aktuellen Politik so populär wie der Hinweis auf die Interessen der zukünftigen Generationen. Das ist der eigentliche Orientierungspunkt politischen Handelns.“

Ethik statt Ökonomie

Den ethischen Grundfragen widmete sich die vierte Veranstaltung. Über weite Strecken kreiste die Diskussion dabei um das Spannungsverhältnis von Solidaritätserfordernis einerseits und Autonomiestreben der Gesellschaftsmitglieder andererseits. Für den Leiter des Chirurgischen Zentrums Klinikum Augsburg, Eckhard Nagel, gibt es „keine Alternative für die Gesellschaft ohne nachwachsende Generationen.“ Zukünftige Diskussionen um die Frage, nach welchen Kriterien

Leistungen gerecht verteilt werden – nichts anderes bezeichnet der Begriff „Generationengerechtigkeit“ – werden auf der Grundlage geführt: Wer hat Kinder und stützt damit die Gesellschaft samt ihrer Sozialsysteme und wer entscheidet sich lieber für die teurere Wohnung.

Ernst Pöppel, Vorstand des Instituts für Medizinische Psychologie der LMU München, warnte vor der immer weiter um sich greifenden Entwicklung, Themen ausschließlich aus dem ökonomischen Blickwinkel heraus zu beurteilen. Statt dessen sei es höchste Zeit, so Pöppel, „sich wieder auf die ethischen und moralischen Grundwerte zu besinnen“.

Gesundheitsvorsorge, ein lange Zeit vernachlässigter Zweig der medizinischen Versorgung, so Erich Lang vom Carl-Korth-Institut für Prävention und Gesundheitsförderung der Universität Erlangen-Nürnberg, gewinne durch die immer länger werdende Lebenszeit zunehmende Bedeutung. Es gehe darum, „die Phase der Gesundheit zu ver-

längern und damit einen Beitrag zur gemeinschaftlichen Solidarität zu leisten“.

Die in aktuellen Diskussionen sehr oft anzutreffende Gleichsetzung „Gesellschaftlicher Verteilungskampf = Generationenkonflikt“ kritisierte der Landesvorsitzende des Bundes der Deutschen Katholischen Jugend, Johannes Mathes-Bienert (München). Die Problematik sei viel komplexer, soziale Probleme könnten nicht einfach auf „Argumente der Demografie“ verkürzt werden. Bei dieser Argumentationsweise, so Mathes-Bienert, „geraten die sozialen Ungleichheiten innerhalb der einzelnen Altersgruppen vollkommen aus dem Blickfeld.“ Denn genauso wie es arme und reiche Kinder gebe, gebe es auch arme und reiche alte Menschen. „Eine ethisch verantwortliche Lebensführung“, so sein Resümee, „ist Ausdruck einer Kultur, nicht des biologischen Alters und vielleicht daraus resultierender moralischer Zuschreibungen.“ ■

Manfred Schwarzmeier
(Siehe Presseschau Seite 34-35)

Akademiegespräch im Landtag:

Der Euro – Erfahrungen und Herausforderungen

Kritische Gedanken zur Flexibilisierung des Stabilitätspaktes

von Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Otmar Issing*

Seit sechs Jahren leben wir unter dem Regime des neuen Europäischen Währungssystems, drei Jahre sind seit der Bargeld einföhrung des Euro verstrichen. Im Rahmen eines Akademiegespräches im Bayerischen Landtag zog Prof. Dr. Otmar Issing, der Chefvolkswirt der Europäischen Zentralbank, eine Zwischenbilanz.



Otmar Issing: „Alle Vorschläge zur Veränderung des Stabilitätspaktes laufen darauf hinaus, dass die Regeln verwässert werden.“

Wir wissen alle, wie viel Skepsis die Einführung des Euro begleitet hat. Das begann mit Zweifeln an der blanken Technik der Notenbankpolitik. Immerhin – das hat es vorher nie gegeben – ist Ende 1998 sozusagen über Nacht die geldpolitische Souveränität von damals elf, inzwischen zwölf nationalen Notenbanken auf eine supranationale Institution, die Europäische Zentralbank, übergegangen. Sie werden diesen Vorgang nicht bemerkt haben, weil nichts passiert ist. Das Beste, was dieser neuen Währung passieren konnte, war eben die Selbstverständlichkeit, mit der der technische Übergang gelungen ist. Und wenn ich kurz voraus-

Der Präsident des Bayerischen Landtags, Alois Glück, der die bewährte Kooperation mit der Akademie fortzusetzen versprach, wies einleitend darauf hin, dass die neue europäische Währung ein wichtiger Teil des gesamten europäischen Einigungsprozesses sei, den man „gegenwärtig wohl relativ kritisch sehen müsse“. Werden Vertiefung und Erweiterung gleichzeitig gelingen?

greife: Drei Jahre später, als die Banknoten eingeführt wurden, gab es im Vorfeld unglaubliche Horrorgeschichten. In einer weltweit verbreiteten großen englischen Zeitung auf rosa Papier wurde geschrieben, es werde kilometerlange Schlangen vor den Flughäfen geben, Leute werden verzweifelt sein, ältere Menschen werden sich überhaupt nicht auskennen, kurzum: das Chaos werde ausbrechen. Wiederum wurde diese, wie ich meine, in der Geschichte der Menschheit größte logistische Herausforderung in Friedenszeiten ohne jede Panne bewältigt, fast schon beängstigend gut. Die technische Seite ist großartig gemeistert worden. Aber das ist am Ende nicht das Entscheidende bei einer Währung, obwohl technische Pannen durchaus das Vertrauen in eine Währung gefährden können.

Symbol für Wohlstand und Stabilität

Entscheidend war: Wird es dieser neuen, jungen Währung gelingen, das Vertrauen der Menschen und der Märkte zu erwerben? Die D-Mark war – erst in Westdeutschland und später dann im wiedervereinigten Deutschland – nicht nur das Symbol von Wohlstand, sondern auch von Stabilität. Von daher ist es nicht verwunderlich, dass gerade in

Heinrich Oberreuter verwies bei seiner Begrüßung insbesondere auf die schwierige Zwei-Fronten-Situation der Europäischen Zentralbank. Sie müsse einerseits die politischen Intentionen nationaler Regierungen, andererseits internationale Entwicklungen beachten, die sich zum Beispiel in Berg- und Talfahrten des Wechselkurses gegenüber dem Dollar äußern.

Deutschland die Einführung des Euro mit allergrößter Skepsis begleitet wurde. Jacques Delors hat einmal gesagt, nicht alle Deutschen glauben an Gott, aber alle Deutschen glauben an die Deutsche Bundesbank. Das ist natürlich eine nicht normale Überhöhung einer Notenbank. Ich habe das als Bundesbanker einmal als pathologischen Zustand bezeichnet, der nur erklärlich ist vor dem Hintergrund des Jahres 1945, vor dem Zusammenbruch nicht nur der Wirtschaft, sondern aller Werte, des völligen Vakuums, das in Deutschland entstanden war. Nur vor diesem Hintergrund konnte eine Währung – in einer Generation hatte man zwei Mal die völlige Zerrüttung des Geldes erlebt – eine solche über das rein Materielle hinausgehende Bedeutung erlangen.

Aber Währung ist eben mit Vertrauen verbunden, und das Vertrauen der Deutschen in ihre Währung und in ihre Notenbank war fast unbegrenzt. Als dann die Stunde der Einführung des Euro anstand, gab es nicht Wenige, die von dem Euro etwas Ähnliches erwarteten, nämlich einen Beitrag zur Integration Europas über das Materielle hinaus. Ich meine, dass der Euro diesen Beitrag in Grenzen auch leisten kann und leistet. Der Euro im Alltag bringt die Menschen zusammen, und die Erfahrungen beim Reisen, das Be-

*Gekürzte Fassung des Vortrags im Bayerischen Landtag

wusstsein einer gemeinsamen Währung haben integrationsstiftenden Charakter, keine Frage! Aber den Vergleich mit der D-Mark zu ziehen, halte ich für völlig unangemessen. Wir konzentrieren uns darauf, das zu vollenden und in die Wirklichkeit umzusetzen, was die Politik den Menschen in Europa und nicht zuletzt in Deutschland versprochen hat, nämlich eine stabile Währung. Das ist schwierig genug.

Niedrige Inflation

Wie sieht es nun nach knapp sechs Jahren Euro, nach knapp sechs Jahren Geldpolitik durch die Europäische Zentralbank aus? Die Bilanz wird manche von Ihnen, die der „Teuro-Debatte“ erliegen, überraschen. Die durchschnittliche Preissteigerungsrate der ersten sechs Jahre Euro beträgt rund 2 Prozent jährlich. In 50 Jahren D-Mark, 1948 – 1998, betrug die jährliche durchschnittliche Preissteigerungsrate sogar 2,8 Prozent. Das ist ein gelungener Start, aber darauf kann man sich nicht ausruhen, und das darf vor allem nicht selbstzufrieden machen.

Wie ist überhaupt zu erklären, dass diese junge Währung, diese neue Notenbank in so kurzer Zeit Vertrauen gefunden hat? Dazu tragen zwei Dinge bei. Es wird Sie nicht überraschen,

Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Otmar Issing

Geboren 1936 in Würzburg. Wirtschaftswissenschaftliches Studium in Würzburg, London und Paris. 1960 Universitätsabschluss in Volkswirtschaftslehre. 1961 Promotion und 1965 Habilitation über das Thema „Leitwährung und internationale Währungsordnung“. 1967 Professor an der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Universität Erlangen-Nürnberg. 1973 Professur für Volkswirtschaftslehre, Geldpolitik und Internationale Wirtschaftsbeziehungen an der Universität Würzburg.

1988 Mitglied des „Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung“. 1990 Mitglied des Direktoriums der Deutschen Bundesbank. Seit dem 1. Juni 1998 Mitglied des Direktoriums und Chefsvolkswirt der Europäischen Zentralbank.

Für seine herausragenden Verdienste wurde Otmar Issing mit den Ehrendoktorwürden der Universitäten Bayreuth, Konstanz sowie Frankfurt/M. ausgezeichnet. 2003 erhielt er den renommierten Internationalen Preis der Friedrich-August-Hayek-Stiftung.

wenn ich dazu unsere Politik zähle. Vorweg aber das Mandat der Europäischen Zentralbank, das dem der Deutschen Bundesbank sehr eng nachempfunden ist, mit zwei entscheidenden Elementen:

Einmal ein eindeutiger Auftrag, noch eindeutiger als im Bundesbankgesetz: Die vorrangige Aufgabe der Europäischen Zentralbank ist die Erhaltung der Preisstabilität. Und das zweite entscheidende Element: Die Europäische Zentralbank ist bei der Ausübung ihrer Befugnisse unabhängig. Weder darf sie Weisungen entgegennehmen, noch darf die Politik solche geben.

Ende nationaler Geldpolitik

Der Rat der Europäischen Zentralbank hat von Anfang an seine Aufgabe so wahrgenommen, nämlich Geldpolitik für den Euro, die einheitliche Währung von inzwischen 305 Millionen Menschen, zu betreiben. Wir können, wollen und dürfen keine Geldpolitik für Deutschland oder Luxemburg, Irland oder Griechenland machen, sondern für den Euro-Raum insgesamt. Wie die Engländer kritisch sagen: *One size fits all*. Es gibt nur eine einheitliche Geldpolitik. Ihre weit über den Bereich des

Geldes, der Währung hinausreichenden Wirkungen werden bis heute von vielen nicht verstanden. Mit einer einheitlichen Geldpolitik und einer einheitlichen Währung verändert sich zum Beispiel die Lohnpolitik in den einzelnen Ländern. Was in Ländern wie Italien vielfach passierte – hohe Lohnsteigerungen, hohe Preissteigerungen, Abwertung der nationalen Währung, und dann ist man wieder da, wo man vorher war –, ein solcher Mechanismus ist völlig durchbrochen. Dieses Instrument Abwertung oder Aufwertung der eigenen Währung

Haushaltsdisziplin in der EU

Überschuss (+) oder Defizit (-) in den öffentlichen Haushalten
in % des Bruttoinlandsprodukts
(Prognose)

Maastricht-Kriterium:
maximal -3 %

2004

Maastricht-Kriterium:
maximal -3 %

2005



Quelle: EU-Kommission

Globus
9160

nung steht nicht mehr zur Verfügung. Wechselkurspolitik gibt es nur noch nach außen – der Euro gegenüber anderen Währungen, zum Beispiel gegenüber dem Dollar. Darüber hinaus ist das Instrument der Geldpolitik den nationalen Notenbanken genommen worden. Das bedeutet natürlich, dass alle Wirkungen, die man früher mit solchen Instrumenten national zu erreichen suchte, verloren sind. In der Vorbereitungszeit in den 90er Jahren ist Politikern und Ökonomen immer deutlicher bewusst geworden, dass dies alles ein höchstbrisantes institutionelles Arrangement ist: eine Notenbank, eine Geldpolitik, eine Währung und zwölf Regierungen. Da muss noch etwas dazukommen, und so ist eben der Stabilitäts- und Wachstumspakt ins Spiel gebracht und schließlich auch verabschiedet worden. Mitte der 90er Jahre bin ich auf vielen Reisen durch Europa oft attackiert worden: Erst zwingt ihr uns ein Statut einer Notenbank auf mit Unabhängigkeit und Vorrang für die Preisstabilität. Jetzt kommt ihr auch noch mit Einschränkungen für die Finanzpolitik. Ich habe damals schon immer darauf verwiesen, dass es ein Pakt ist, der vor allem im Interesse der kleinen Länder liegt. Wenn große Länder hohe Defizite haben, dann sind die Auswirkungen auf die anderen natürlich sehr viel gravierender. Das ist vor allem ein Instrument, eine Verankerung, die im Interesse der kleineren Länder liegt. Von daher ist es besonders bedenklich, wenn ausgerechnet das Land, aus dem die Idee des Paktes kommt, die Regeln gräßlich verletzt.

Kritische Phase

Wir befinden uns in der Tat in der Europäischen Währungsunion gegenwärtig in einer sehr kritischen Phase. Die Vorschläge zur Veränderung des Paktes, zur Flexibilisierung – man will ihn „ökonomisch sinnvoller gestalten“ – wie immer die Formeln heißen, laufen durch die Bank alle darauf hinaus, dass die Regeln des Paktes abgeschwächt werden, dass er verwässert wird. Ein Argument steht dabei immer wieder an oberster Stelle, nämlich dass die 3-Prozent-Defizitgrenze, die außer in Zeiten eines besonders starken Konjunk-

tureinbruchs nicht überschritten werden darf, viel zu starr sei.

Lassen Sie mich dazu zwei Bemerkungen machen. Die Erste: Die eigentliche zentrale Botschaft des Stabilitäts- und Wachstumspakts ist nicht diese 3-Prozent-Grenze, sondern die Verpflichtung, dass ein Land in Zeiten guter Konjunkturlage einen ausgeglichenen Haushalt und wenn die Verschuldung hoch ist, einen Überschuss aufweisen sollte. Alle Länder, die diese Bedingung erfüllt haben, befinden sich gegenwärtig in einer durchaus komfortablen Situation. Wenn Sie aber in einer guten Konjunkturlage ein strukturelles Defizit von zweieinhalb Prozent zulassen, dann ist es nicht verwunderlich, wenn Sie bei Abschwächung des Wachstums die 3 Prozent überschreiten. Drei Prozentpunkte Sozialprodukt, das ist sehr viel Geld! Die Ausgangssituation ist also entscheidend.

Das Zweite: Dass diese 3-Prozent-Grenze im Grunde viel zu reichlich bemessen ist, wird uns sofort aufgehen, wenn wir uns bewusst sind, dass Europa und Deutschland mit an vorderster Stelle alternde Gesellschaften sind. Die Menschen werden gesund immer älter, leben immer länger. Immer weniger Menschen sind im arbeitsfähigen Alter und haben Arbeit, infolgedessen müssen immer weniger eine immer größere Last tragen.

Das heißt, wir müssen alles unternehmen, um auf diese Zeit mit einem relativ niedrigen Schuldenstand vorbereitet zu sein.

Die Europäische Zentralbank hat zu den Diskussionen um den Stabilitäts- und Wachstumspakt eine ganz klare Position bezogen. Wir begrüßen alle Bemühungen, die Anwendung des Paktes zu stärken und zu schärfen. Wir haben uns ganz klar dagegen ausgesprochen, den Pakt selbst zu ändern. Das ist eine Büchse der Pandora. Niemand kann kontrollieren, was am Ende bei solchen Bemühungen herauskommt.

Neue EU-Mitglieder noch nicht reif

Letzter Aspekt: Am 1. Mai 2004 sind 10 neue Länder der Europäischen Union beigetreten. Anders als Großbritan-

nien und Dänemark haben diese Länder keine „opting out-Klausel“. Mit dem Beitritt zur Europäischen Union haben sie ihre Bereitschaft und im Grunde ihre Verpflichtung signalisiert, am Ende auch dem Euro beizutreten. Nun gibt es gelegentlich Vorstellungen, dass das sozusagen morgen bevorstünde. Davon kann keine Rede sein. Sie selbst haben ja nicht vor, dem Euro morgen beizutreten, ganz abgesehen davon, dass das nicht in ihr Belieben gestellt ist, sondern dem Konvergenzprozess unterliegt. Drei Länder – Litauen, Estland und Slowenien – sind Ende Juli 2004 dem Wechselkursmechanismus beigetreten, eine Vorstufe zur Währungsunion, während vor allem die drei Großen – Polen, Ungarn und Tschechien – den Beitritt zum Euro gegen Ende dieses Jahrzehnts planen. Sie haben selbst erkannt, dass sie noch ganz erheblich davon entfernt sind, reif zu sein für den Beitritt zum Euro. Sie würden sich selbst keinen Gefallen damit tun. Denken Sie daran, dass ich sagte, das Instrument des Wechselkurses und einer eigenen Geldpolitik wird aus der Hand gegeben.

Friedlicher Streit

Lassen Sie mich mit einer persönlichen Bemerkung schließen: Wir hatten in der Europäischen Zentralbank eine Konferenz und dabei traf ich den Präsidenten der Polnischen Notenbank und den Präsidenten der Tschechischen Notenbank. Da ist mir durch den Sinn gegangen, dass mein Vater als deutscher Soldat kurze Zeit einmal in Prag war. Meine Frau wiederum ist im Sudetenland geboren; sie musste 1945 fliehen. Und jetzt sitze ich mit dem tschechischen Notenbankpräsidenten zusammen, um die Frage zu diskutieren, wie es denn mit Europa weitergehen soll. Friedrich Schiller hat in seiner berühmten Antrittsrede an der Universität Jena „Wozu und zu welchem Ende studiert man Universalgeschichte?“ darauf verwiesen, dass die Europäer jetzt zusammenkommen und sich weiter streiten werden, aber in Frieden. In der Tat: Es wird noch viel Streit und noch viele Probleme geben, aber in Frieden. ■

(Siehe Presseschau Seite 35)

Bilder vom Anderen

Behindern oder fördern Medien die Integration von Migranten?

Integration, Parallelgesellschaft und wieder einmal Leitkultur sind die Stichwörter, die die migrationspolitische Debatte der letzten Wochen und Monate geprägt haben. Das neue Zuwanderungsgesetz und der sich lauter gebärende Rechtsextremismus und Neo-Nazismus haben die Diskussion angeheizt. Das waren die Rahmenbedingungen, als sich zu Jahresbeginn die Akademie bei einer Tagung in München der Frage zuwandte, welche Rolle die Massenmedien bei der Integration von Migranten spielen und auf welche Bilder und Vorstellungen von Migration gerade Heranwachsende in den Medien – besonders im Fernsehen – stoßen.*

Die These, dass die Medien – bei aller notwendigen Differenzierung – den Ausgrenzungsprozess vorantreiben, vertrat der Kölner Politikwissenschaftler und Rechtsextremismusforscher Christoph Butterwegge. Auch wenn es die Medien nicht gebe, so ließen sich doch weitgehend negative Medienbilder über Migranten finden. Zuwanderung werde als Belastung und Bedrohung vermittelt. An ausgewählten Titelbildern nicht nur der BILD, sondern auch des SPIEGELS, konnte Butterwegge seine These plastisch belegen.

Chaos und Gewalt

Über Zuwanderer in der Bundesrepublik würden Massenmedien ganz ähnlich wie über das Ausland berichten, nämlich praktisch nur im Ausnahmefall. Und der sollte möglichst spektakulär sein und katastrophale Züge trage. So würden Migranten mit Unordnung, Chaos und Gewalt in Verbindung gebracht werden. Der medial konstruierte und deformierte „Fremde“ ist überflüssig und/oder gefährlich, zu bedauern oder zu fürchten – meistens allerdings beides zugleich: „Dies gilt vor allem im Hinblick auf Muslime aus der Türkei, die mit Abstand größte Zuwanderergruppe Deutschlands.“ Im deutschen Migrationsdiskurs dominierten Metaphern aus den Bereichen „Krieg“, „Warenhandel“ und „Wasser“, „Einmarsch“, „Invasion“ und „Ansturm“; „Import“, „Export“ und „Schmuggel“; „(Zu-)Strom“, „Welle“ und „Flut“. In dem Begriff „einschleu-

sen“ überlappen sich die zuletzt genannten Bereiche.

Häufig spiele die Bedrohung deutscher Ressourcen durch „Wirtschaftsflüchtlinge“ und „Asylbetrüger“ eine Rolle:



Christoph Butterwegge: „Zuwanderung wird als Belastung und Bedrohung vermittelt.“

„Die Strategien, Strukturen und Verfahren der Nachrichtenbeschaffung, die Themenauswahl, der Blickwinkel, die Wiedergabe von Meinungen, Stil und Rhetorik richten sich alle darauf, ‚uns‘ positiv und ‚sie‘ negativ darzu-

stellen. Minderheiten haben zudem einen relativ schwierigen Zugang zur Presse; sie werden als weniger glaubwürdig angesehen; ihre Sache gilt nur dann als berichtenswert, wenn sie Probleme verursachen, in Kriminalität oder Gewalt verstrickt sind oder wenn sie als Bedrohung der weißen Vorherrschaft dargestellt werden können.“ Allein schon der Begriff „Ausländerkriminalität“ sei problematisch, weil er den Schluss nahe legt, dass Kriminalität, wenn sie von Ausländern begangen wird, ursächlich mit ihrem Status als Ausländer zu tun habe.

Nach dem 11. September 2001 diagnostiziert Butterwegge eine Verschärfung des Diskurses. So brachte der Stern auf seinem Titelbild vom 27. September 2001 unter der Überschrift „Terror-Gefahr in Deutschland. Geheimdienste warnen vor Anschlägen radikaler Muslime“ einen dunkelhäutigen Mann mit Vollbart und Sonnenbrille, in deren Gläsern sich die brennenden Türme des World Trade Center spiegeln. Umgekehrt wandte er sich auch gegen eine einseitig positive Berichterstattung: „Auch das kann Rassismus sein.“ Was gebraucht werde, seien vorurteilsfreie und unbelastete Informationen über die Normalität des Zusammenlebens von Deutschen und Migranten mit all ihren positiven und negativen Aspekten.

Die Medienforscherin Susanne Eggert vom JFF kam bei ihren Forschungen zu dem Ergebnis, dass die wenigen Untersuchungen zum Medienkonsum der Migranten belegen, dass das Fernsehen Leitmedium ist und sowohl deutsch- als auch muttersprachige Programme der Herkunftsänder genutzt werden. Ferner gebe es Hinweise in qualitativen Studien, dass deutsche

*Die Veranstaltung war ein Kooperationsprojekt mit dem „JFF – Institut für Medienpädagogik in Forschung und Praxis“ (Helga Theunert) und der Stelle für interkulturelle Arbeit im Sozialreferat der Landeshauptstadt München (Margret Spohn). Das Seminar wurde vom Auswärtigen Amt finanziell unterstützt.

Heranwachsende durch das Fernsehen das Leben von Migranten kennen lernen und Heranwachsende aus Migrantfamilien ihresgleichen durch eine deutsche Brille sehen. Außerdem seien viele TV-Angebote global verbreitet und würden von allen Kindern und Jugendlichen gleichermaßen gern genommen.

Abschottung und Ghettoisierung

Die Fernsehangebote aus den Herkunftslanden würden gern genutzt, da sie keine Sprachbarriere bilden, Vertrautes bieten und eine Verbindung zur Heimat herstellen. Das sei zunächst einmal positiv zu bewerten, es seien aber auch negative Effekte möglich, die zu Abschottung und Ghettoisierung



Susanne Eggert: „Besonders problematische Formate wie Daily Talks, Gerichtsshow und Boulevardmagazine vermitteln einseitige Bilder von Migranten.“

führen. Über das Fernsehen könne eine Auseinandersetzung mit dem Aufnahmeland angestoßen werden, die es den Menschen mit Migrationshintergrund erleichtere, hier nicht nur zurecht zu kommen, sondern sich auch wohl zu fühlen. Denn durch diese Auseinandersetzung wird es möglich, die neue Heimat und die dort lebenden Menschen besser kennen zu lernen und zu verstehen. Doch da jede Auseinandersetzung auch Anstrengung bedeutet, muss es dem Fernsehen zunächst gelingen, die Neugier der Menschen zu wecken. Damit deutsche Fernsehangebote für Migranten attraktiv sind, müssen sie diese ansprechen und ihre Interessen und Bedürfnisse bedienen.

Viele Migranten erleben zwei Fernsehkulturen (siehe Kasten). Eine Chance des Fernsehens liegt darin, diese beiden Kulturen in interkulturellen Programmen zusammenzuführen.

Die weltweite Verbreitung vieler gleicher Programme bedeutet, dass Fernsehen eine gemeinsame Basis für Kinder und Jugendliche, gleich welcher Herkunft, schaffen kann. Über Fernsehangebote können sie miteinander ins Gespräch kommen. Daraus kann sich ein Interesse an der bzw. dem anderen und für deren Situation entwickeln, das – im Idealfall – zu mehr Verständnis füreinander und Toleranz gegenüber anderen führen kann.

Eggert entdeckte bei ihrer empirischen Forschungsarbeit, dass heranwachsende Migranten andere Umgangsweisen mit dem Fernsehen zeigen als Kinder deutscher Herkunft. Dies betreffe nicht nur den zeitlichen Umfang, sondern auch die Vorlieben für Action und Gewalt, die von Migrantinkindern stärker bevorzugt werden. Dies kann dann für ihre Integration hinderlich sein, wenn sie dem Fernsehen falsche Informationen über das Leben in Deutschland entnehmen. Aber auch, wenn sie sich an Vorbildern orientieren, die zu den Entwicklungen in Deutschland gegenläufig sind, zum Beispiel starre und überkommene Geschlechterrollen.

Einseitige Bilder

Besonders problematisch seien Formate wie die Daily Talks am Nachmittag, die Gerichtsshow und Boulevardmagazine. Sie vermitteln einseitige Bilder von Menschen mit Migrationshintergrund. Aus einer Studie, die das JFF in Kooperation mit der Universität Leipzig durchgeführt hat, geht hervor, dass genau diese Bilder bei Heranwachsenden ankommen und teilweise von ihnen übernommen werden. Es sind vor allem zwei Typen, die in diesen Formaten vermittelt werden: der „südländische Macho“ und der „kriminelle Ausländer“. Der „südländische Macho“ ist besonders in den Talkshows vertreten. Auf die Frage nach ihrem Ausländerbild, das bei vielen Heranwachsenden ein Türkibild ist, haben viele Kinder eben diesen Typ beschrieben. Diese Beispiele zeigen,

Nur ein kleiner Teil der Migranten in Deutschland nutzt ausschließlich Medienangebote aus der Heimat. Der weit größere Teil derer, die sich Medienprodukten aus der Heimat zuwenden, greift auch auf deutsche Angebote zurück. Das gilt insbesondere für das Fernsehen. Ein Blick auf die türkischstämmige Bevölkerung soll das belegen. Im Jahr 2000 wurde vom Bundesgesundheitsamt eine Untersuchung in Auftrag gegeben, die ergab, dass lediglich 17 Prozent der über 14-Jährigen nur türkische Medien nutzen. 28 Prozent wenden sich sowohl türkischen als auch deutschen Medien zu und 50 Prozent nur deutschen. In der jüngsten Gruppe, bei den 14- bis 18-Jährigen, sind es sogar nur 8 Prozent, die ausschließlich türkische Medien nutzen. 41 Prozent nutzen türkische und deutsche Medien, 48 Prozent nur deutsche. Die Kinder wurden nach ihren Fernsehpräferenzen gefragt, und diese sind klar: 8 Prozent der 6- bis 9-Jährigen und 7 Prozent der 10- bis 13-Jährigen haben eine Vorliebe für türkisches Fernsehprogramm, 31 Prozent der Jüngeren und 28 Prozent der Älteren mögen türkisches und deutsches Fernsehen und etwa zwei Drittel beider Altersgruppen präferieren deutsche Fernsehangebote.

ms

dass das Fernsehen Vorurteile schüren kann, die sicher nicht zu einem harmonischen Zusammenleben von Deutschen und Migranten beitragen.

Das Fernsehen habe Potenziale, das Zusammenleben von Deutschen und Migranten zu beeinflussen – in positiver wie auch in negativer Weise. Es sei wünschenswert, dass die positiven stärker genutzt werden, indem mehr interkulturelle Programme entwickelt würden. Das könnten sowohl muttersprachliche wie auch deutschsprachige Programme sein. Sie müssten die Bedürfnisse und Interessen von Migranten aufgreifen und deren Perspektive einnehmen. Mit solchen Angeboten könnte ein Interesse aneinander und

damit auch das gegenseitige Verständnis gefördert werden: „So können wir dem Ziel eines friedlichen und sich gegenseitig befriedigenden Zusammenlebens einen Schritt näher kommen“, lautete das Fazit der Referentin.

Chancen vermitteln

Um solche Programme bemühen sich Journalisten wie Jona Teichmann vom Funkhaus Europa des WDR oder Geschäftsführer Werner Felten vom tür-



Werner Felten forderte mehr Verantwortung von den Medienmachern. Fotos: Heier/Schröder

kischen Lokalradio „Radyo Metropol FM“ in Berlin. Das terrestrisch verbreitete Radio sei das am besten geeignete Medium, um die Türken in ihrem Alltag zu erreichen. Es sei preiswert und überall zu empfangen. Die türkische Musik gebe dem Programm einen emotionalen Bonus mit. Das Programm müsse in türkischer Sprache moderiert sein, nur so erhalte es die Kommunikationsgrundlage und könne den Gedanken der Integration transportieren: „Wenn diese Ebene erreicht wird und Informationen über die Chancen der Integration ohne erhobenen Zeigefinger vermittelt werden, erst dann werden diese Informationen auch ernst genommen. Das Programm darf sich nicht an Sparten in der türkischen Zielgruppe richten, sondern muss mit seinem Programm möglichst alle hier lebenden Türken erreichen. Es muss von in Deutschland lebenden Türken gestaltet werden, weil nur diese glaubhaft die reale Alltagssituation der Hö-

rer darstellen und vermitteln können“, meinte der Berliner Radiochef. Dem Hörer wird auf türkisch gesagt, welche Vorteile ihm aus dem Erlernen der deutschen Sprache entstehen. Die Überwindung der Schwierigkeiten im Alltag, die aus dem Unverständnis der

der Rundfunkanstalten von morgen nicht mehr allein deutsch sei. Es müsse eine wirksame interne Programmkontrolle stattfinden. Die entscheidende Frage lautet: „Wie werden Ausländer dargestellt? Und wenn es mehr Reporter, Redakteure und Moderatoren

**„Wenn es mehr Reporter, Redakteure und
Moderatoren mit einer nicht-deutschen Biographie
geben würde, dann kommt die andere Sicht
auf die Themen ganz von allein.“**

Jona Teichmann

deutschen Sprache resultieren, könnten so aufgezeigt werden.

Jona Teichmann stellte eine auf türkisch moderierte Sendung für junge Deutsch-Türken vor. Umgekehrt gebe es aber auch türkische Popmusik mit deutschen Moderatoren. „Es gibt übergreifende Themen, die für beide Kulturen interessant sind“, sagte die Programmchefin. Felten ergänzte die Beispiele mit Beratungssendungen auf seinem Kanal zum Thema Hartz IV – was offenkundig nicht auf türkisch zu übersetzen ist. Er bedauerte, dass die

mit einer nicht-deutschen Biographie geben würde, dann kommt die andere Sicht auf die Themen ganz von allein.“



Jona Teichmann: „Die entscheidende Frage lautet: Wie werden Ausländer dargestellt?“



Helga Theunert initiiert qualitative Forschung zum Thema „Medien und Migration“.

Deutschen aus den fremdsprachigen Programmen ausgegrenzt würden und es so keine Verbindung zwischen den Kulturen gebe. Felten forderte mehr Verantwortung von den Medienmachern. Bevor man etwas tue, müssen die Entscheider über die Wirkungen nachdenken, sonst seien die Türken ständig beleidigt. Jona Teichmann machte klar, dass wegen der demografischen Entwicklung die Kundschaft

Erfahrungen mit global verbreiteten Kinder- und Jugendprogrammen konnten der ehemalige TV-Vorstand bei VIVA, Ludwig Bauer, und Christophe Erbes, Geschäftsführer beim Disney-Kanal Fox Kids, beisteuern. VIVA hätte immer versucht, auch deutsche Inhalte mit deutschen Moderatoren zu transportieren und „nicht alles global durchzuschalten“ wie beim Konkurrenten MTV. Bauer zeigte sich überzeugt, dass Kinder überall auf der Welt die gleichen Programme lieben und dass eine „Augsburger Puppenkiste heute null Chance“ hätte: „Die wollen heute keine Fäden und Plastikfoliemeere mehr sehen!“ Ganz anders dagegen Christophe Erbes, der einfach „mehr Verständnis für die Phantasie“ forderte. ■

Michael Schröder

Wege zu einer anderen Politikkultur?

Modelle bürgerschaftlicher Partizipation im Vergleich

1992 lautete das Wort des Jahres „Politikverdrossenheit“. Die Kritik an der Politik sowie an der politischen Elite ist seitdem nicht verstummt. Regelmäßig werden sinkende Mitgliederzahlen der Parteien und geringe Wahlbeteiligung als Belege für das abnehmende Interesse der Bürger an ihrem Staat und für den Vertrauensverlust in Politik und Politiker präsentiert. „Krankheit“ und „Symptome“ sind also schon lange bekannt. Und auch an Therapievorschlägen mangelt es nicht: Kommunale Agenda 21, Bürgergutachten, Runde Tische, neue Kultur der Ehrenamtlichkeit sind nur einige Beispiele. All diese Ansätze zielen auf den Ausbau bürgerschaftlicher Teilhaben- und Teilnahmemöglichkeiten, kurz: auf mehr Partizipation. Welch ausdifferenzierte Landschaft von Partizipationsmodellen und -ansätzen es inzwischen in Deutschland gibt, zeigte ein Workshop in Kooperation mit der Petra-Kelly-Stiftung, in dem neben der Frage nach den Gründen für Politikverdrossenheit konkrete Partizipationsmodelle vorgestellt und über Praxiserfahrungen diskutiert wurde.

„Politikverdrossenheit“, so das Ergebnis des Politikwissenschaftlers Kai Arzheimer (Universität Mainz), „ist ein Begriff, der für Vieles gebraucht wird.“ Dem immensen öffentlichen

nierung im politischen System sowie ihr Personal die Zielobjekte der Kritik seien. Nicht umsonst nennen viele Bürger als Gründe für mangelndes Engagement u.a. „Verwaschenheit, Dreh-



Kai Arzheimer und Co-Tagungsleiter Gerd Rudel (Petra-Kelly-Stiftung): „Partizipation für die Qualität der Demokratie zentral!“

Interesse an diesem Thema stehe aber nur eine geringe Anzahl analytischer wissenschaftlicher Studien gegenüber. Unstrittig sei, so Arzheimer, dass in erster Linie die Parteien, ihre Positio-

scheibenpolitik und politische Rückgratlosigkeit“ in den Parteien. Der Eindruck, dass Politikverdrossenheit ein „deutsches Phänomen“ sei, trüge. Im westeuropäischen Vergleich nimmt

zumindest die „alte“ Bundesrepublik keine Sonderstellung ein. In den ostdeutschen Bundesländern hingegen ist die Demokratiezufriedenheit signifikant geringer und das Misstrauen gegenüber Politikern stärker ausgeprägt*.

Bessere Lösungen durch Beteiligung

Einen engen Zusammenhang zwischen lebendiger Zivilgesellschaft und gut funktionierender Demokratie sah Brigitte Geißel vom Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung. Pro-



Brigitte Geißel: „Partizipation muss Spaß machen!“

Fotos: Schwarzmeier

blemlösungen würden durch mehr Partizipation „besser, weil realitätsnäher und praktischer“, Entscheidungen besser akzeptiert und legitimiert. Bürgerbeteiligung in Westeuropa zeichne sich durch folgende Entwicklungen aus:

- „Flucht“ aus den Großorganisationen (z.B. Parteien, Gewerkschaften),
- Kombination aus konventionellen (z.B. Wahl) und unkonventionellen Beteiligungsformen,
- Zunahme themenspezifischer und kurzfristiger Partizipation auf Kosten dauerhafter Beteiligungsbereitschaft und

d) hedonistische Motive werden immer bestimmender („Partizipation muss Spaß machen!“).

Die Zukunft politischer Beteiligung sah Geißel in der „intelligenten Verknüpfung zwischen repräsentativer, direkter und deliberativer Demokratie.“

Zwischen Vereinnahmung und Vereinsamung

Auch Adrian Reinert von der „Stiftung Mitarbeit“ (www.mitarbeit.de; www.buergergesellschaft.de), die sich die „Demokratieentwicklung von unten“ zur Aufgabe gemacht hat, wies darauf hin, dass sich „das Engagement gleichermaßen für Inhalte, Tätigkeitsfelder, Formen und zugrunde liegende Motive spezialisiert und diversifiziert hat.“ So treten neben die traditionellen Motive „Pflichterfüllung“ und „Helfen“ zunehmend die Gründe „Gestaltungswille“ und „Selbstverwirklichung“. Vielfach seien auslösende Momente für das Engagement persönliche Betroffenheit, erlebte Mängel oder Missstände. Die Stiftung Mitarbeit, so Reinert, wurde vor allem aus der Überzeugung heraus gegründet, dass „eine engagementfördernde Infrastruktur“ notwendig sei, die „Gelegenheitsstrukturen“ schaffe. Reinert zeigte sich überzeugt, dass viele Mitglieder der Gesellschaft, „die sich zwischen der Angst vor Vereinnahmung (z.B. durch Großorganisationen) und der Angst vor Vereinsamung eingeklemmt fühlen, durch entsprechende Angebote aktiviert werden könnten.“

Bürgergutachten

Der zweite Teil der Veranstaltung war der Präsentation und Diskussion von Einzelaspekten und -projekten gewidmet. Christian Weilmeier (Sturm und Weilmeier Bürgergutachten GbR, Landshut; www.buergergutachten.com) stellte die Funktionsweise des Bürgergutachtens vor. Hierbei erarbeiten ver-

schiedene, nach Zufallsprinzip ausgewählte Bürgerarbeitsgruppen über einige Tage hinweg thematische Kataloge zu bestimmten Fragen. Ein bayernweites Beispiel war das im Sommer 2004 abgeschlossene „Bürgergutachten für Gesundheit“. Dieses Verfahren, bei dem die Beteiligten sehr schnell das Selbstverständnis von selbstbewussten Gutachtern entwickeln, dient als Beratungsinstrument für politische Entscheider. Bei den beteiligten Bürgerinnen und Bürgern führt die Arbeit am



Adrian Reinert: „Engagementfördernde Infrastruktur notwendig“

Bürgergutachten in nicht wenigen Fällen zur nachhaltigen „Politisierung“. Für die Politiker hat es den Vorteil, dass Entscheidungen in der Regel rationaler, d.h. sachgerechter getroffen werden können.

Zentraler Schwerpunkt bürgerschaftlichen Engagements ist die kommunale Ebene, was sich auch bei den vorgestellten Projekten widerspiegelt: Andreas Osner (Bertelsmann Stiftung, Gütersloh) referierte über „Good Go-

vernance auf lokaler Ebene – Politikreform in der Kommune“ *, Ursula Ammermann (city com – Büro für Stadtentwicklung & Kommunikation, München) erläuterte am Beispiel eines Regensburger Streitschlichtungsfalles die Funktionsweise von Mediationsverfahren und Reiner Michaelis (Stabsstelle Öffentlichkeitsarbeit, Groß-Umstadt, Hessen; www.gross-umstadt.de) stellte das Partizipationsmodell „Bürgerhaushalt“ vor. Hierbei werden Bürgerinnen und Bürger nach der Vorlage des Verwaltungsentwurfs aktiv in die Diskussion um Schwerpunktsetzung und Mittelverteilung eingebunden und die daraus resultierenden Projektvorschläge in die Ausschüsse eingespeist. Obwohl noch nicht alles völlig reibungslos laufe, so Michaelis, seien die ersten Erfahrungen sehr viel versprechend.

Alle Referenten waren sich einig, dass der Erfolg der vorgestellten Partizipationsmodelle ganz entscheidend vom beteiligungsfreudlichen Klima innerhalb der Verwaltung abhängt. Treffen Bürgerinnen und Bürger hier auf hindringenden Widerstand, lässt die Bereitschaft zur Einmischung sehr schnell nach. Auch für Andreas Osner liegt der Schlüssel für die erfolgreiche Partizipation der Bürger darin, dass die Beteiligung von beiden Seiten – der Bürger und der Politik – glaubwürdig und ernstgemeint ist. Nur so sind die brach liegende Potenziale in der Bürgerschaft für Problemlösungen aktivierbar. Deutlich müsse werden, so Osner, dass im Sinne einer „kommunalen Verantwortungsgemeinschaft“ jeder Akteur in der Kommune Verantwortung trage.

*Literaturhinweise:

* Der Vortragstext (Kai Arzheimer (2002): Politikverdrossenheit. Bedeutung, Verwendung und empirische Relevanz eines politikwissenschaftlichen Begriffes steht im Internet unter: www.politik.uni-mainz.de/kai.arzheimer/Tutting.pdf

* Bertelsmann Stiftung (Hrsg.) (2004): Politische Partizipation in Deutschland. Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage, Gütersloh

* Ursula Winklhofer: Partizipation – ein Kinderspiel? Beteiligungsmodelle in Kindertagesstätten, Schulen, Kommunen und Verbänden; Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in der Kommune; zu beziehen über: www.dji.de)

* Weitere Vortragsmanuskripte können – soweit vorhanden – unter www.petra-kelly-stiftung.de/sites/rblick.pl?50.txt_uebersicht_117 herunter geladen werden.

Klima entscheidend

Die spezielle Perspektive der Partizipation Jugendlicher untersuchte Ursula Winklhofer vom Deutschen Jugendinstitut München. Für Jugendliche ist nicht nur das Ergebnis ihrer Beteiligung wichtig, sondern auch der Weg dahin bzw. die dabei gemachten Erfahrungen. In welchem Maße Kinder und Jugendliche ihre Kompetenzen entfalten, etwas dazu lernen und sich persönlich weiter entwickeln können, ist bedingt durch das Zusammenspiel der Faktoren „Form/Methode“, „persönliche Eigenschaften“ wie Durchsetzungsvermögen etc. und „Unterstützung“. Auch hier ist es also das partizipationsfördernde Klima, das für Kinder und Jugendliche Erfolgsergebnisse schafft.

Der Politikwissenschaftler Uwe Kraenepohl (Universität Passau) analysierte die Bürgerbegehren und -entscheide in Bayern. Dabei zeigte sich, dass die in dieses Instrument gesetzten Hoffnungen oftmals nicht erfüllt werden. So wurden auch von den Teilnehmern gewisse Frustrationserfahrungen angesprochen, die daraus resultieren, dass sich „potente Einzelinteressen“ durchsetzen können, dass von den „unmittelbar Betroffenen – vor allem, wenn sie unterliegen, aber nicht nur dann –, „nachgekettet“ und damit das Gemeindeklima oft vergisst wird.“ Was die Gegenstände anbelangt, so ist auffallend, dass Themen, die „unmittelbare Betroffenheit“ hervorrufen, die größten Mobilisierungspotenziale in sich bergen (Vgl. Schaubild; Informationen: www.mehr-demokratie.de).

Thesen zur „Bürgerbeteiligung der neuen Dimension“

von Ursula Ammermann

- Die Bürgerinnen und Bürger sind – wenn sie sich beteiligen – professionell und verstehen es, ihre Interessen zu artikulieren
- Bürgerbeteiligung als „Beruhigungsspiele“ für die BürgerInnen wird als solche identifiziert und schafft böses Blut
- Das Nachher ist so wichtig wie das Vorher: Fehlendes Feed-Back macht gute BürgerInnenbeteiligung zur Makulatur
- BürgerInnenbeteiligung ist ein interaktiver Prozess
- Beteiligung ist immer eine Gratwanderung zwischen fachlichen Ansprüchen und den Ansprüchen der Bürgerinnen und Bürger
- Neue und erweiterte Formen der Beteiligung der Öffentlichkeit beinhalten Offenheit und Bereitschaft zur Kommunikation
- Neue und erweiterte Formen der Beteiligung der Öffentlichkeit beinhalten Professionalität, Qualität, Transparenz und Verbindlichkeit
- Neue und erweiterte Formen der Beteiligung der Öffentlichkeit verlangen klare Zielsetzungen, Zeitkontinuität und Umsetzung
- Die zu wählenden Beteiligungsformen müssen auf die gewünschten Ziele und Zielgruppen abgestimmt sein

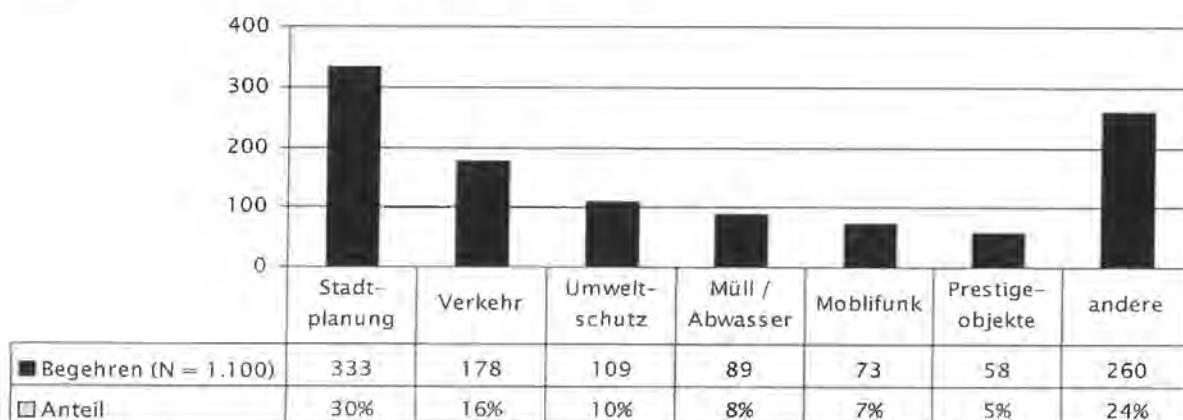
Die Abschlussdiskussion machte nochmals deutlich, dass durch neue Ansätze und die Belebung traditioneller Verfahren bürgerschaftlicher Beteiligung der Prozess des „fortschreitenden Vertrauensverlusts zwischen Volk und Volksvertretung (...), der sich in wachsender Politik(er)verdrossenheit manifestiert“ (Hildegard Hamm-Brücher), abgemildert und vielleicht sogar gestoppt werden kann. Der Charakter der Beteiligung hat sich gewandelt. Die Entwicklung geht tendenziell vom langfristigen, organisatorisch gebundenen Engagement aus Pflichtbewusstsein hin zu mehr thematisch punktueller, zeitlich befristeter und auch hedonistisch motivierter Beteiligung. The-

matisch wie methodisch geht der Trend in Richtung zunehmender Diversifizierung und Differenzierung. Auf keinen Fall können in einem repräsentativen demokratischen System Verfahren bürgerschaftlicher Partizipation das Versagen politischer Eliten kompensieren. Von jeher ist unzweifelhaft, dass Demokratie und (freiwillige) Partizipation zusammen gehören, ja sich gegenseitig bedingen. Moderne Demokratien wären ohne funktionierende Einmischung und Beteiligung ihrer Bürgerinnen und Bürger bei weitem nicht so leistungsfähig. Andererseits ist demokratische Bürgerschaft geradezu durch den Anspruch aktiver Teilhabe definiert. ■

Manfred Schwarzmeier

Schaubild: Gegenstände von Bürgerbegehren in Bayern (1990 - 2002)

Quelle: Rainer Deppe, Direkte Demokratie II, St. Augustin 2002



Supermacht und Wirtschaftsblock

Mögliche Neuorientierung der transatlantischen Beziehungen
nach der zweiten Bush-Wahl

Die Supermacht USA bestimmt maßgeblich die internationale politische und gemeinsam mit dem Wirtschaftsblock Europa die wirtschaftliche Ordnung der Welt. Die politischen Beziehungen zwischen den USA und Europa – geprägt vom Kalten Krieg und der Westbindung – waren stabil und im transatlantischen Kontext eingespielt. Europa war ein wichtiger Verbündeter zur Eindämmung der Sowjetunion, doch nach dem Fall des Eisernen Vorhangs 1990 verlor sich dieser geostrategische Konsens. Die großen Brüche im transatlantischen Verhältnis schienen sich erst im Nachgang des 11. September 2001 und in den unterschiedlichen Ansätzen zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus zu zeigen. Angesichts der spektakulären sicherheitspolitischen Spannungen zwischen den USA und Europa geraten eine Reihe von Wirtschafts- und Handelskonflikten fast in Vergessenheit. Unstimmigkeiten über Zölle und Handelsbestimmungen sind allerdings schon lange ein regelmäßiger und problematischer Aspekt der transatlantischen Beziehungen.

Selten hat eine amerikanische Regierung Europa so gefordert und polarisiert, wie es gegenwärtig der Fall ist. Die amerikanische Präsidentschaftswahl im November 2004 hatte also eine besondere Relevanz. Deshalb veranstaltete die Akademie in unmittelbarer zeitlicher Nähe zu den US-Präsidentenwahlen eine amerikapolitische Fachtagung unter dem Titel „Supermacht und Wirtschaftsblock: Die USA und Europa nach der Präsidentschaftswahl“. Der Fokus lag auf der potentiellen Neuorientierung der transatlantischen Beziehungen. Ein besonderes Qualitätsmerkmal dieser Tagung war es, Analysten aus der akademischen Welt mit Wirtschafts- und Handelsexperten, Politikern und Journalisten zusammen zu bringen.

Trends driften auseinander

Stefan Bierling von der Universität Regensburg sieht nicht nur ein gespanntes Verhältnis, sondern spricht sogar vom Ende der transatlantischen Sonderbeziehungen. Die Annahme, dass Europa zentral in der außenpolitischen Wahrnehmung Amerikas stehe,

sei falsch. Tatsächlich seien die USA an Europa nur im Falle einer sicherheitspolitischen Bedrohung interessiert. Hier ist trotz unterschiedlicher Sicherheitsvorstellungen eine Zusammenarbeit möglich, wie es die „Good cop (Europa) – bad cop (USA)“-Strategie in Bezug auf den Iran zeigt. Sicherlich verfügen die USA und Europa über eine Reihe von Gemeinsamkeiten, wie das Bekenntnis zur Demokratie, zu Menschenrechten und zur Marktwirtschaft. Doch, so argumentiert Bierling, driften nicht nur in der Sicherheitspolitik, sondern auch in der soziopolitischen Dimension Trends auseinander: Die Uneinigkeit in Bezug auf Genforschung, „Gen-Food“, Waffenbesitz und Todesstrafe sei genauso groß wie die gegenseitigen Vorurteile. Ungeachtet der internationalen amerikanisierten Jugendkultur entwickeln sich Tradition und Identitäten auseinander.

Es existieren jedoch auch überzeugende Argumente, die die transatlantische Verflechtung, insbesondere auf wirtschaftlichem Gebiet, belegen. Ungeachtet zeitweiser handelspolitischer Differenzen besteht die weltweit größte wirtschaftliche Integration zwischen beiden Seiten des Atlantiks. Andrew

Denison von *Transatlantic Networks* betonte, dass der global größte wirtschaftliche Austausch zwischen Nordamerika und Europa stattfinde. Handel, Direktinvestitionen und der Umsatz von Tochtergesellschaften jeweils in den USA und Europa seien die Grundlage der Globalisierung.

Ein Beispiel für den hohen wirtschaftlichen Austausch sind die amerikanischen Investitionen in den Niederlanden, die etwa der Gesamtsumme der amerikanischen Investitionen in Asien entsprechen, so Denison. Auch arbeiten die Hälfte der Angestellten amerikanischer Auslandstochtergesellschaften in Europa.

Innenpolitik macht „große“ Präsidenten

Um die außenpolitischen Spannungen und die wirtschaftliche Verflechtung zu begreifen, ist es notwendig zu verstehen, wie die US-Administration funktioniert. Durch die Wiederwahl George W. Bushs ist die dunkle Wolke des knappen und umstrittenen Sieges verschwunden. Es sind neue Initiativen und Strukturen zu erwarten. James Davis erklärte, dass nur innenpolitisches Engagement und Erfolge in den USA „große“ Präsidenten schaffen.

Dabei ist nicht zu befürchten, dass sehr kontrovers diskutierte Themen einen großen Stellenwert in der Politik Bushs finden werden, da diese im Kongress schwer durchzufechten sind. Bush kann nicht wiedergewählt werden. Er hat etwa zwei Jahre Zeit, sich durch innenpolitische Erfolge zum großen Staatsmann zu machen. Gegen Ende der Präsidentschaft wird ein wieder gewählter Amtsinhaber eine lahme Ente, „lame duck“: Die Administration richtet Politiklinien und Karrierewege schon auf den potentiellen Nachfolger aus.

Wie sich gezeigt hat, holt Präsident Bush lang erprobte Vertraute in das Kabinett. Das bedeutet allerdings auch, dass er von seinen neuen Ministern erwartet, die Ministerialbürokratie im Sinne des Weißen Hauses in den Griff zu bekommen. Einbrisantes Beispiel in Bezug auf die Besetzung von Ämtern ist der Oberste Gerichtshof, der Supreme Court. Die Nominierung von Richtern erfolgt durch den Präsidenten, doch der Kongress hat durchaus die Möglichkeit, Richter zu blockieren. Es ist also kein extremer Richtungswechsel zu erwarten: Präsident Bush würde weder für umstrittene Richter, noch für extrem diskutierte Themen in Bezug auf gleichgeschlechtliche Ehe und Verschärfung der Abtreibungsregelung eine ausreichende Unterstützung durch den Kongress.

verstanden wird, ist für religiöse Amerikaner nur das Gefühl des Auserwählteins, des alttestamentarischen „city upon the hill“. Die Zivilreligion, das spiritistisch-religiöse Selbstverständnis ist der Kitt, der die amerikanische Gesellschaft zusammenhält. Dazu gehört nicht nur der Glaube an die USA, sondern auch die uneingeschränkte Bereitschaft die Staaten gegen alle – wirklich alle – Feinde zu verteidigen.

Der CSU-Bundestagsabgeordnete Karl-Theodor zu Guttenberg meinte, die Bedeutung des direkten und persönlichen Kontakts in die USA kann gar nicht überschätzt werden. Doch nur eine kleine Gruppe außenpolitisch engagierter Abgeordneter pflege enge Verbindungen nach Amerika. Erschwert werde die amerikapo-

dest an Ausbildungsprogrammen, die die NATO im Irak durchführt, beteiligen. Andernfalls drohe die Gefahr, von den USA als ein Koalitionär der doppelt Unwilligen, der „double unwillingness“, verurteilt zu werden.

Geteilte Lasten und Verantwortung

Im Fazit sind die USA und Europa aufeinander angewiesen, wirtschaftlich und politisch. Eine gemeinsame Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) ist wichtig. Sie muss die Sicherheitswarnungen der USA ernst nehmen und muss zu einem ausgeglichenen „burden sharing“ finden. Es darf nicht alleine den USA überlassen sein, an sicherheitspolitischen Brennpunkten mit Gewalt, mit



Experten analysierten die transatlantischen Beziehungen nach der US-Präsidentenwahl: von links Rüdiger Löwe (Bayer. Rundfunk), Karl-Theodor zu Guttenberg (MdB), Rainer-Olaf Schultze (Univ. Augsburg), Tagungsleiterin Saskia Hieber, Dean Yap (Amerikanische Botschaft in Berlin), Andrew Denison (Transatlantic Network), J. Peter Erwand (Exportclub Bayern)

Foto: Heier

Washington, so Professor Davis, funktioniere nicht durch Abgeordnete, sondern durch Themen, „issue politics“. Lobbyisten bearbeiten Senatoren und Abgeordnete und verteilen Geld. Dem „Iron Triangle“, dem Eisenen Dreieck von Bürokraten mit Machtinteressen, Lobbyisten und gleichgesinnten Kongressmitgliedern kann auch keine republikanische Mehrheit widerstehen. Große Themen sind das Gesundheitswesen, Steuern und Renten.

Welch direkten Draht zu Gott viele Politiker, zumindest die „Wiedergeborenen“ haben, erläuterte Britta Waldschmidt-Nelson. Was in Europa als Intoleranz und religiöser Extremismus

litische Expertise im Bundestag auch etwas durch ein System partiointerner Seniorität. Guttenberg gehört nicht nur zum außenpolitischen „Nachwuchs“, er besucht die Vereinigten Staaten mehrmals im Jahr. Aus seiner Sicht besteht transatlantische Übereinstimmung in Bezug auf eine sicherheitspolitische Bedrohung durch den Iran. Friktionen allerdings bestünden über die Handlungsoptionen: Während Europa Verhandlungspläne wählt, bestehen die Vereinigten Staaten auf harren Maßnahmen.

Zum zweiten sicherheitspolitischen Problem der transatlantischen Beziehungen bezog Guttenberg klar Stellung: Deutschland muss sich zumin-

„hard power“, für Stabilität zu sorgen, während sich Europa auf Verhandlungspositionen, auf „soft power“ zurückzieht. Europa allgemein und Deutschland insbesondere müssen die Interessenpolitik überprüfen. Die klare Artikulation von Interessen schafft Verlässlichkeit und Berechenbarkeit. Genau dieses, die Verlässlichkeit, vermissen die USA in Bezug auf Europa. Sollte Deutschland, sollte Europa wieder in die Nähe einer Gleichgewichtsrolle zurückfinden wollen, ist „burden sharing“ nötig, die Übernahme von Last und Verantwortung – finanzieller, politischer und militärischer Verantwortung. ■

Saskia Hieber

An den Grenzen der Integration

Politiker diskutieren die Finalität der EU

Die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen der EU mit der Türkei war aktueller Anlass zu einer kontroversen Diskussionsrunde in der Akademie. Diese Kontroverse weckte ein so großes Interesse, dass die Tagung schon nach wenigen Tagen ausgebucht war. Die verschiedenen Vorträge beschäftigten sich allgemein mit dem Land (Michael Jörger), mit den Sicherheitsaspekten (Peter Barth), mit der Kurdenfrage (Cahit Basar) und schließlich mit dem „Fortschrittsbericht der Europäischen Kommission über die Türkei auf dem Weg zum Beitritt“ (Jochen Kubosch). An diese Referate knüpfte eine Podiumsdiskussion zwischen dem türkischen Generalkonsul Babür Hizlan, dem früheren Europaminister Reinhold Bocklet und dem ehemaligen Vizepräsidenten des Europäischen Parlaments Gerhard Schmid unter Moderation von Michael Piazzolo an.

„Neue Phase, Modernität und reif für den Beitritt“. Mit diesen Stichwörtern beschrieb Generalkonsul Hizlan sein Land. Mit der Diskussion über den türkischen Beitritt habe eine neue Phase der bilateralen Beziehungen nach über 40 Jahren Partnerschaft angefangen. Die EU-Kommission hatte im Herbst 2004 die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der Türkei empfohlen. Die Türkei freue sich über diesen Fortschritt, obwohl nicht klar wurde, ob die Freude mehr bei der türkischen Regierung oder beim türkischen Volk zu finden ist. Hizlan bat um die Respektierung der Modernität der Türkei und ihrer Bereitschaft zum EU-Beitritt mit den Worten: „Wir sind im Jahre 2004 und nicht im Jahre 1683“. Damals standen die Türken vor Wien.

Reformen auf den Weg gebracht

Über die Türkei sollte man in Europa nicht mit Gefühlen, sondern mit Verstand und Analyse entscheiden. Er lobte die „stille Revolution“, welche im letzten Jahr in der Türkei durchgeführt wurde und das nicht nur durch die Wahl der reformorientierten Regierung Erdogans, sondern auch durch die Reformen, die in vielen Bereichen auf den Weg gebracht wurden. Die Türkei ist seiner Meinung nach toleranter und offener geworden. Er wies

die Gerüchte über die Nichtrespektierung der religiösen Minderheiten zurück. In der Türkei sei das Christentum nicht verboten und es würden auch



Reinhold Bocklet: Verteilungskampf zwischen Süd und Ost droht.

Fotos: Heier

christliche Kirchen gebaut. Die Reformen seien nicht nur auf dem Papier vorhanden. Die Türkei ist seiner Meinung nach nicht vollkommen. Es müsse noch viel getan werden, bis das endgültige Ziel der Vollmitgliedschaft erreicht werden könne.

Eine privilegierte Partnerschaft, wie sie die Unionsparteien favorisieren und die damit verbundene „Beschneidung der Rechte“ in der EU lehnte

Generalkonsul Hizlan ab. Er betonte, dass die Türkei der wichtigste Partner der EU im Nahen Osten sei. Die Zukunft der „europäischen Türkei“ sieht er in der Stabilisierung der konfliktreichen Region. Sein Land wolle einen Beitrag zur Toleranz und Konfliktlösung leisten.

Eine andere Meinung vertrat der frühere Staatsminister Bocklet. Er war seit 1979 Mitglied des Europäischen Parlaments und arbeitete auch im Ausschuss der Regionen. Er war sich bewusst, dass man der Türkei die Mitgliedschaft in Aussicht gestellt habe. 1996 verwirklichte man eine Zollunion und diesen Schritt hat seiner Meinung nach die Türkei als die inoffizielle Eröffnung der Beitrittsmöglichkeit angesehen. Dies geschah zwar erst 1999, aber die Türkei strebte bereits länger nach der Mitgliedschaft und 1999 wurde nur „ein Datum für ein Datum“ festgelegt. Erst im Frühjahr 2005 entscheidet ein EU-Gipfel über eine weitere Erweiterung.

Reinhold Bocklet (CSU) stellte im Hinblick auf den kommenden Gipfel die Frage nach der Finalität der EU. Kopieren die Erweiterungen der EU den Mitgliedstand des Europaratess? Er wies auf das Problem der noch nicht bewältigten Osterweiterung hin. Es folge noch die Aufnahme Rumäniens und Bulgariens und die Frage nach der Finalität werde immer aktueller. Die aktuelle Erweiterungsrounde plus die letzten beiden Länder sei die größte in der Geschichte der EU.

Sorgen bei den Nettozahlern

Die größten Sorgen bei jeder Erweiterungsrounde gibt es in den Nettozahlerländern. Dazu gehört auch Deutschland, das sich wegen der eigenen wirtschaftlichen Probleme finanziell besonders schwer tut. Die neuen Mitgliedstaaten werden als Empfänger um die Beiträge kämpfen. Sie verhandeln schon jetzt sehr intensiv, weil der künf-

tige EU-Haushalt in den kommenden Monaten aufgestellt wird. Es könnte mit der Aufnahme der viel größeren Türkei zu einem Verteilungskampf zwischen Süd und Ost kommen, warnte der frühere bayerische Europaminister. Zusätzlich machte er sich Gedanken über die Rolle des Militärs und über die Trennung des Staates und der Religion, welche seiner Meinung nach in der Türkei noch nicht vollständig umgesetzt worden ist. Falls die Völker per Referendum über den EU-Verfassungsvertrag entscheiden, sollten sie es auch im Falle des Beitritts der Türkei tun.

Gerhard Schmid sprach sich gegen die Politik der eigenen Partei auf der Bundesebene aus. Er ist ein Gegner des Beitritts der Türkei zur EU und betonte die mangelnde Diskussion zu diesem Thema. Diese komme viel zu spät.

Er kritisierte auch die Entscheidungen aller deutschen Regierungen der vergangenen vier Jahrzehnte, welche keine nachhaltige Außenpolitik in dieser Frage gemacht hätten. Ein Teil seiner Kritik ging an Jochen Kubosch von



Gerhard Schmid steht mit seiner Position gegen die seiner Partei.

der Vertretung der Europäischen Kommission in München. Seiner Ansicht nach verfolge die Kommission eine Politik nur zur Beruhigung der Bürger in der Frage des EU-Beitritts der Türkei. Indirekt äußerte er Bedenken über die Wirtschaftsinteressen der jetzigen Mitglieder im Falle einer Aufnahme der Türkei, indem er die Freude der Wirtschaftsverbände über eine solche Erweiterungspolitik zitierte.

Gerhard Schmid sprach besonders die Frage nach der Finalität der EU an. Man sollte im Hinterkopf die Tatsache behalten, dass es, je größer die EU werde, desto mehr zentrifugale Kräfte gäbe, die die EU von einer Wertegemeinschaft zu einer Freihandelszone machen könnten. Man sollte jede Erweiterung aufschieben und zuerst die europäische Integration vertiefen. Zu Erweiterungen sollte es nur dann kommen, wenn man in den Kandidatenländern nachhaltige Stabilität nachweisen könne. ■

Michal Broska

Die Kunst des Fragens

Breites Themenspektrum beim Interviewtraining für junge Journalisten

Sensibilität und Einfühlungsvermögen sind Lernziele beim Interviewtraining für junge Journalisten. Unter Leitung der Trainerin Gabriele ten Hövel probten Volontäre von Tageszeitungen den richtigen Umgang mit Gesprächspartnern für die professionelle Informationsgewinnung. Denn Journalisten spielen im Prozess der politischen Kommunikation eine zentrale Rolle. Nur nachfragender, recherchierender Journalismus bringt Widersprüche und Ungereimtheiten ans Tageslicht. Nur wer nachhakt und nachfragt, kann Skandale aufdecken. Gute inhaltliche Vorbereitung auf Themen, richtiges Fragen und sicheres Auftreten sind Voraussetzungen für erfolgreiche journalistische Arbeit. ■



Das Themenspektrum war wieder breit gespannt: Von der bayerischen Forstreform über den erstarkenden Rechtsextremismus und Ausländerpolitik bis zur Bildungspolitik reichte die Palette. Unser Bild zeigt den Sprecher der SPD-Landtagsfraktion Michael Langer (rechts) beim Interviewtraining mit einer Teilnehmerin.

MS

„Die gemeinsame Grenze verbindet Polen und Deutsche“

Wirtschaft ist Schrittmacher bei der Annäherung

Historische Erfahrungen und ihre Interpretation bestimmen die Sicht auf die Gegenwart. Dass dieser Zusammenhang, der für die Beziehung zwischen Menschen gilt, auch auf Nationen übertragbar ist, dafür steht beispielhaft das Verhältnis zwischen Deutschen und Polen. Im Verlauf der Tagung wurde immer wieder deutlich, wie intensiv die historisch

verankerten gegenseitigen Wahrnehmungen die aktuellen Beziehungen der beiden Länder auf allen Ebenen beeinflussen. Um Missverständnisse und Konflikte zu vermeiden, ist es deshalb von zentraler Bedeutung, die kulturellen Eigenheiten und historischen Sichtweisen der anderen Seite zu kennen und zu respektieren. Mit dieser interkulturellen Seite der deutsch-polnischen

Kontakte – insbesondere was die Wirtschaftspraxis anbetrifft – beschäftigten sich Fachleute aus Kultur, Wirtschaft und Wissenschaft bei dieser Tagung, die in Zusammenarbeit mit dem Generalkonsulat der Republik Polen, vertreten durch Co-Tagungsleiter Konsul Rafal Wolski, veranstaltet wurde.



Co-Tagungsleiter Rafal Wolski:
„Gute Zusammenarbeit fortsetzen!“
Fotos: Schwarzmüller

„Wie kam es dazu“, so die Ausgangsfrage des Leiters der Academia Baltica in Lübeck, Christian Pletzing, „dass das eher unproblematische Verhältnis zwischen Deutschen und Polen ab etwa 1830 zu kippen begann?“ Auf preußischer Seite identifizierte der Historiker eine gewisse Skepsis maßgeblicher konservativer Kreise gegenüber polnischen Nationalisierungstendenzen. Die Freundschaft zu Polen wurde solange als nützlich empfunden, als der Nachbar wie ein Puffer gegen die Expansionsbestrebungen Russlands instrumentalisiert werden konnte. Deutsche Gebietsansprüche (u.a. Posen, Masuren) wurden mit der „Kulturträgertheorie“ untermauert, was nichts anderes als die Behauptung bedeutete, dass diese Gebiete von Deutschen besiedelt worden waren. Die offene Germanisierungspolitik des Kaiserreichs verstärkte den Eindruck auf polnischer Seite nochmals, der deutsche Nationalstaat zeichne sich durch „Expansionsdrang, besonders nach Osten“ aus.

Negative Stereotypen

Darauf, dass solche historischen Erfahrungen und Interpretationen in Form von (nahezu immer negativen) Stereotypen die gegenseitige Wahrnehmung auch heutzutage prägen, verwies Tomasz Budnikowski (Instytut Zachodni, Poznan). Deutschland, so sein auf demoskopischen Daten beruhendes Urteil, ist in Polen erheblich angesehener als umgekehrt. Stichworte wie



Jolanta Kozlowska und Eva Feldmann-Wojtachnia: „Mangel an Wissen fördert Stereotypen.“

gewisse Rolle bei der Einschätzung der Deutschen durch Polen, vor allen bei der älteren Generation.

Der Hoffnung, dass auch geschichtliche Altlaster mit Halbwertszeiten versehen seien, verlieh Eva Feldmann-

Wojtachnia vom Centrum für angewandte Politikforschung (CAP) aus München Ausdruck. Mit der ehemaligen Generalkonsulin der Republik Polen in München, Jolanta Kozlowska, war sie sich einig, dass nicht nur Desinteresse, sondern vor allem der Mangel an gegenseitigem Wissen Stereotypen beförderten. Auf allen Ebenen – angefangen bei privaten Kontakten, dem Jugendaustausch bis hin zur „großen“ Politik – müsse es wieder mehr Dialog geben. Prekäre politische Punkte wie Entschädigungsforderungen etc. dürften dabei nicht ausgespart werden, sondern müssten sachlich diskutiert werden. Kozlowska sieht in den nächsten beiden Jahren (2005: Polnisches Jahr in Deutschland, 2006: Deutsches Jahr in Polen) gute Chancen, diesen Dialog zu intensivieren und neue „Brückebauer“ zu motivieren. „Stereotypen“, so Feldmann-Wojtachnia einen polnischen Schüler nach einem Begegnungsseminar zitierend, „wird es auch in Zukunft geben, wie wir mit ihnen umgehen, liegt an uns selbst.“

Eine sehr persönliche und subjektive Sichtweise trug der Literat Herbert Somplatzki bei. Somplatzki, bis zum 11. Lebensjahr in Masuren zu Hause, dann ins Ruhrgebiet ausgewandert, las aus seinen Romanen einige Passagen, die sich insbesondere mit seinen Gefühlen und Eindrücken beschäftigen, als er Mitte der siebziger Jahre seinen Geburtsort zum ersten Mal wiedersah. „Es ist wichtig zu wissen, woher wir kommen, um zu wissen, wohin wir gehen,“ so sein Fazit.

Chance und Bedrohung

Für die interkulturelle Trainerin Barbara Dudkowski ist es entscheidend, dass man die Kulturgrenzen anderer nicht nur kenne, sondern auch respektiere, „ganz egal, was man davon hält!“. Das Interkulturelle, so die Referentin, sei Chance und Bedrohung zugleich, es mache einerseits Angst, andererseits erwecke es Neugierde. Zwischen Polen und Deutschen ließen sich vielfältige kulturelle Unterschiede feststellen: Während bei vielen Deutschen die Form der strukturierten

„Bei den Deutschen soll das Wort den Kopf erreichen, in Polen soll das Wort das Herz erreichen.“

Barbara Dudkowski

Organisation vorherrsche und Verantwortungsbewusstsein sich vor allem auf Sachen beziehe, improvisierten viele Polen gerne und fühlten sich vor allem Personen verpflichtet. Auch hinsichtlich der Sprache unterscheiden sie sich: „Bei den Deutschen soll das Wort den Kopf erreichen, in Polen soll das Wort das Herz erreichen.“

Ebenfalls große Unterschiede zwischen beiden Kulturen konstatierte Krzyszof Wojciechowski von der Europa-Universität Viadrina (Frankfurt/Oder). Während sich die polnische Kultur durch Milde, Verständnis und Zusammenhalt, also „weibliche“ Eigenschaften auszeichne, ist die deutsche Kultur von Kraft, Ausdauer und Härte, also „männlichen“ Eigenschaften geprägt. Während z. B. deutsche

Wirtschaftsdelegationen immer sehr geschlossen auftraten, so Wojciechowski, käme es schon mal vor, dass die polnische Gruppe erst mal zu diskutieren begäne. „So unterschiedlich beide Vorgehensweisen auch sind,“ so der Verfasser eines Verhaltensratgebers für Unternehmer, „sie haben denselben Sinn: Vertrauen zu erwecken beim Gesprächspartner.“

Wichtigster Handelspartner

Der gegenseitigen Wahrnehmung von Polen und Deutschen in der Wirtschaftspraxis widmeten sich Thomas Hardieck (Berlin), zwischen 1995 und 1999 Geschäftsführer der Deutsch-Polnischen IHK in Warschau, sowie Ullrich Umann, Korrespondent der Bundesagentur für Außenwirtschaftsinformation (BFAI) in der polnischen Hauptstadt. Durchwegs positiv beschrieb Hardieck seine Erfahrungen: In Polen herrsche eine große Bereitschaft, neue Methoden auszuprobieren und Fleiß sei keineswegs eine deutsche

Exklusivtugend. Auf die besondere Bedeutung Deutschlands für Polen verwies Umann. Mit 32 Mrd. Euro ist Deutschland der wichtigste polnische Außenhandelspartner.

Deutschland befindet sich auf Platz vier bei den Direktinvestitionen in Polen, hinter Frankreich, den USA und den Niederlanden. Umann sah Polen gerade nach dem EU-Beitritt auf dem besten Wege, eine aufstrebende europäische Mittelmacht zu werden, – sowohl politisch als auch ökonomisch.

In Gorzów ist die deutsch-polnische Wirtschaftsförderungsgesellschaft beheimatet. Diese Organisation erstellt u.a. Standort- und Marktanalysen und hilft damit ansiedlungswilligen polnischen und deutschen Unternehmen, im jeweiligen Nachbarland Fuß zu fassen. Bei regelmäßigen Kundenbefragungen zeigte sich, dass die Zufriedenheit deutscher Unternehmer, die den Schritt nach Polen gewagt hatten, sehr hoch ist. Die Frage nach der „Polonisierung der Deutschen oder der Germanisie-

rungr der Polen“ beantwortete Projektleiter Robert Szank mit einem Augenzwinkern so: „Viele deutsche Mitarbeiter haben inzwischen polnische Ehefrauen oder Freundinnen, das ist der beste Weg zur Polonisierung.“

Die Beiträge der Praktiker machten deutlich, dass gerade der Wirtschaftsbereich inzwischen wohl eindeutig zu den Erfolgsgeschichten der jüngsten deutsch-polnischen Nachbarschaft zählt. Ein Gebiet, auf dem sich in den letzten Jahren schon sehr viel bewegt hat, wo aber immer noch Probleme auftauchen, ist die polnische Justiz.



Karl Pörnbacher: „Problemfelder Justiz und Verwaltung!“

„Schnelle Entscheidungen zu bekommen“, so Karl Pörnbacher von der international tätigen und in München und Warschau ansässigen Anwaltskanzlei Lovells, „ist nahezu unmöglich.“ Im Gerichtssaal herrsche zudem ein hierarchischer Ton, der Kompromissfindung zuweilen stark erschwere. Außerdem stoße man manchmal schlicht auf Rechtsunsicherheit, da notwendige Verwaltungsrichtlinien und Verordnungen nicht vorhanden seien.

Insgesamt, so waren sich die Referenten einig, sollte man sich etwas mehr Ruhe und Gelassenheit im Umgang miteinander angewöhnen und vor allem auf persönliche Kontakte setzen. Die Wirtschaft ist hier Schrittmacher, andere Bereiche hinken noch hinterher. Vor allem Kenntnis und Verständnis sind notwendig, „denn es gibt etwas, was uns verbindet bei allen Unterschieden: die gemeinsame Grenze!“, so Barbara Dudkowski in ihrem Schlusswort. ■

Manfred Schwarzmeier

Rückblick nach 50 Jahren:

Die Viererkoalition – nur eine Episode im Nachkriegsbayern?

Neuorientierungen der bayerischen Bildungspolitik

Die Tatsache, dass auch die CSU in Bayern einmal die sprichwörtlich harten Bänke der Opposition kennen gelernt hat, gehört nicht zu den allgemein bekannten Merkposten der bayerischen Nachkriegsgeschichte, schon gar nicht außerhalb der weiß-blauen Grenzen, wo die CSU ausschließlich als die ewige Regierungspartei in Bayern wahrgenommen wird. Doch vor 50 Jahren kam es nach der Landtagswahl vom 28. November 1954 zu dieser ungewöhnlichen Konstellation: die CSU ging zwar mit 38 Prozent der abgegebenen Stimmen und

einem Zugewinn gegenüber dem Jahr 1950 von über 10 Prozent als der eindeutige Sieger aus dieser Wahl hervor. Die neue Regierung unter Ministerpräsident Wilhelm Hoegner wurde jedoch von der SPD, Bayernpartei, GB/BHE und FDP, der so genannten Viererkoalition, gebildet. Dieses heterogene Regierungsbündnis wurde getragen von der gemeinsamen Abneigung der vier Parteien gegen die wieder erstarkende CSU und dem gemeinsamen Willen zu einer bildungspolitischen Weichenstellung in der durch CSU-interne Gegensätze seit Jahren blo-

ckierten Reform der Lehrerbildung. Nahezu drei Jahre hielt dieses Bündnis bis zum Rücktritt Hoegners am 8. Oktober 1957. Der Architekt der Viererkoalition, der sozialdemokratische Landes- und Fraktionsvorsitzende Waldemar von Knoeringen, wollte „Licht übers Land“ bringen. Gelang dies oder war sie nur ein politisches Intermezzo? Wie lassen sich aus heutiger Sicht ihre politischen Erfolge und Fehlschläge bewerten? Diese und viele weitere Fragen standen im Mittelpunkt der Tagung unter der Leitung von Jürgen Weber.

Für die Akademie ist das Thema verständlicherweise von besonderem Interesse, da sie selbst eine der kulturpolitischen Errungenschaften der Viererkoalition ist, die sich das Ziel der Förderung und Vertiefung staatsbürgerlicher Bildung auf überparteilicher Grundlage gesetzt hatte.

Der Historiker Bernhard Taubenberger, der die erste Gesamtdarstellung dieser kurzen Regierungsperiode in Bayern ohne die CSU vorgelegt hat, vertrat die These, dass die Viererkoalition nicht die zwangsläufige Konsequenz langfristiger strategischer Planungen war, sondern vielmehr das Resultat der Zersplitterung des bayerischen Parteiensystems der damaligen Zeit und insbesondere des unverhohlenen Machtanspruches und der gleichzeitigen inneren Zerrissenheit der CSU. Sie manövrierte sich durch ihren Führungsanspruch, so Taubenberger, ins Aus. Waldemar von Knoeringen beschloss daraufhin, „ein Königreich zu verkaufen, das ich nicht besaß“ und ergriff beherzt die Initiative

zur Regierungsbildung. Die Bayernpartei, welche die tödliche Umarmung der CSU fürchtete, war über das personelle Angebot der SPD in die Regierung einzutreten, hoch erfreut. Der GB/BHE taktierte und willigte nach Erhalt des Arbeitsministeriums in die Koalition gegen die CSU ein. Die FDP entzog sich dem massiven Druck der Wirtschaftslobby und stieß als letzter Partner zum Viererbund.

Betrogene Betrüger

Das Ende der Viererkoalition in Bayern nach der Bundestagswahl von 1957 war nach Taubenberger keine Frage der Mehrheitsverhältnisse oder der Sachpolitik, sondern ausschließlich des politischen Klimas. Die im geheimen Zusatzprotokoll vereinbarte „mögliche Zusammenarbeit im Geiste der Koalitionsarbeit auch in den Gemeinderäten, Kreis- und Bezirkstagen“ blieb aus. Bayernpartei und GB/BHE suchten – teils öffentlich, teils verdeckt – seit 1956 den Kontakt zur CSU. Die Suche der Bayernpartei nach Bündnispartnern für die Bundestagswahl 1957



Bernhard Taubenberger: Viererkoalition war das Resultat der Zersplitterung des bayerischen Parteiensystems.

geriet zum Desaster. Bayernpartei und GB/BHE hielten dem Druck ihrer Niederlage bei der Bundestagswahl 1957 nicht stand und eilten mit fliegenden Fahnen zur CSU. Die Bayernpartei wurde dabei zum betrogenen Betrüger.

Ansehnliche Bilanz

Die Bilanz der Viererkoalition war, gemessen an den Möglichkeiten der Zeit und der Verschiedenartigkeit der am Bündnis beteiligten Parteien, nach Ansicht des Historikers Taubenberger durchaus ansehnlich.

Neben Erfolgen in der Wissenschaftspolitik standen auch Fehlschläge wie die angestrebte, aber zunächst nicht durchgesetzte Entkonfessionalisierung der Lehrerbildung, die erst durch die CSU-geführte Nachfolgeregierung unter Hanns Seidel 1958 verwirklicht werden konnte.

Ausdrücklich unterstrich Taubenberger die nicht zu unterschätzende Binnenwirkung der Viererkoalition auf das bayerische Parteiensystem: Die umfassende Modernisierung der CSU in ihrer Oppositionszeit (Organisationsreform, die Traditionalisten der Bayerischen Volkspartei aus der Weimarer Zeit wurden aus den wichtigen Entscheidungsgremien abgewählt, Modernisierer wie Hanns Seidel und Franz Josef Strauß konnten in die Spitze der Partei aufsteigen); die Bayernpartei war nach 1957 in ein auswegloses Dilemma geraten; BHE und FDP verloren viele Wähler und die SPD selbst hatte ihre Regierungsfähigkeit unter Beweis gestellt. Als Bürgerschreck eignete sie sich nicht mehr. Dennoch blieb die Viererkoalition bis heute eine einmalige politische Episode. Eine vergleichbare Konstellation zu Lasten der CSU hielt der Referent auch in Zukunft für wenig wahrscheinlich.

Impulse in der Wissenschaftspolitik

Über die Förderung von Wissenschaft und Forschung durch die Viererkoalition sprach der langjährige CSU-Landtagsabgeordnete und Vorsitzende des Ausschusses für Hochschule, Forschung und Kultur, Paul Wilhelm. Er betonte insbesondere die Bedeutung der Viererkoalition für den Wissenschaftsstandort Bayern, dessen Profil durch die staatlich geförderte Ansiedlung mehrerer Max-Planck-Institute (unter anderem für Physik und Astrophysik sowie Biochemie) und insbesondere die Förderung der Atomfor-

schung sowie der Ingenieurwissenschaften deutlich geschärft worden sei. Damals wurde die Kernenergie von allen politischen Kräften uneingeschränkt positiv gesehen, da man sich von ihr eine positive wirtschaftliche Entwicklung versprach. Bayern spielte damals geradezu eine Vorreiterrolle in der Förderung der Atomwissenschaft, deren Nutzen für Industrialisierung und Energiegewinnung Nobelpreisträger Werner Heisenberg den bayerischen Abgeordneten im Plenum des Landtages auf Einladung von Ministerpräsident Hoegner ausführlich darlegte. 1957



Paul Wilhelm betonte die Bedeutung der Viererkoalition für den Wissenschaftsstandort Bayern.

wurde dann der Garchinger Forschungsreaktor („Atomei“) eingeweiht, für den sich freilich auch Bundeskanzler Adenauer und sein Atomminister Franz Josef Strauß nachdrücklich eingesetzt hatten.

Dass auch der spätere Wissenschaftsrat aus einer länderübergreifenden Initiative zur Förderung von Forschung und Wissenschaft durch Ministerpräsident Hoegner hervorgegangen ist, ist nur ein weiteres Beispiel für die Tatkraft, die vor allem Waldemar von Knoeringen entfaltete und die ins-

Referenten:

Bernhard TAUBENBERGER M.A., München
Dr. Uwe KRANENPOHL, Universität Passau
Dr. Paul WILHELM MdL a. D., München
Dr. Wilhelm EBERT, Ehrenpräsident des BLLV, München
Prof. Dr. Roland STURM, Universität Erlangen-Nürnberg

Teilnehmer der Podiumsdiskussion:

Dr. Wilhelm EBERT, Ehrenpräsident des BLLV, München
Dr. Hildegard HAMM-BRÜCHER, Staatsministerin a.D., MdL a.D., München
Bertold KAMM, MdL a.D., Nürnberg
Hans-Günter NAUMANN, MdL a.D.

Tagungsleitung: Akademiedozent Dr. Jürgen WEBER

gesamt zu einer „Aufbruchstimmung“ in Forschung und Hochschule führte.

Jungbrunnen für die CSU

Anhand einer Fülle von empirischen Daten und Fakten zur Entwicklung der Parteienlandschaft in Bayern in den 1950er Jahren bestätigte der Passauer Politikwissenschaftler Uwe Kranenpohl die Einschätzung des Historikers: Im nachhinein erwiesen sich die drei Oppositionsjahre für die CSU geradezu als eine Art Jungbrunnen. Die CSU nutzte diese Jahre zur Erneuerung an Haupt und Gliedern (Schaffung der Funktion eines Generalsekretärs seit 1956, landesweite Einrichtung von 50 Geschäftsstellen, Erweiterung des Mitarbeiterstabs, stärkere Öffentlichkeitsarbeit, gezielte Mitgliederwerbung, neues Parteiprogramm 1957). Trotz gewisser regionaler Unterschiede z. B. in Niederbayern einerseits und Mittelfranken andererseits entwickelte sich eine modernisierte CSU zur dominierenden politischen Kraft in Bayern, die auch für Wechselwähler zunehmend attraktiv erschien. Ihren fulminanten Aufstieg in Bayern verdankt die CSU paradoxerweise der Viererkoalition, weil sie in diesen Jahren den „Zementfuß des Konfessionalismus überwinden konnte“ (Wilhelm Ebert) und sich von einer sich in Flügelkämpfen verzehrenden Honoratiorenpartei zu einer gut organisierten landesweit präsenten und straff geführten Mitgliederpartei entwickelte.

Dass bei einer landesgeschichtlich akzentuierten Tagung auch das Thema Föderalismus und Eigenständigkeit der Länder nicht fehlen durfte, versteht sich fast von selbst, zumal der damalige bayerische Ministerpräsident Wilhelm Hoegner zu den profiliertesten Landespolitikern zählte, der Bayern im Bundesrat eindrucksvoll vertrat und auf die Eigenständigkeit Bayerns pochte und bereits frühzeitig vor einer schlechrenden Unitarisierung – einer Art Krypto-Zentralismus – warnte. Über diese heute wieder brandaktuellen und von der Föderalismuskommision von Bundestag und Bundesrat diskutierten Probleme referierte ausführlich der Erlanger Politikwissenschaftler Roland Sturm, der die Parteipolitierung des Bundesrates als ein Novum seit den 70er und 80er Jahren interpretierte, die gerade in der Zeit der Viererkoalition nicht vorstellbar war.

Von großem Gewinn für die Tagung war die Anwesenheit von Zeitzeugen, die aus eigenem Erleben und zum Teil auch als wichtige Akteure über die Hintergründe und Umstände berichten konnten, die damals zur Viererkoalition führten, aber auch ihr vorzeitiges Ende verursachten. Aus der Distanz von einem halben Jahrhundert ließen die früheren Abgeordneten im Bayerischen Landtag Berthold Kamm (SPD), Hildegard Hamm-Brücher (FDP) und der langjährige Präsident des Bayerischen Lehrerinnen- und Lehrerverbandes (BLLV) Wilhelm Ebert jene Phase in der bayerischen Landespolitik der Nachkriegszeit lebendig werden.

Reform der Lehrerbildung

Wilhelm Ebert, vielfach als Motor der Viererkoalition bezeichnet, der im Hintergrund die Weichen stellte und als Vermittler zwischen den Repräsentanten jener durchaus heterogenen Regierungsparteien wirkte, erläuterte ausführlich, worum es auf dem zwischen CSU und den übrigen Parteien heftig umstrittenen Feld der Bildungspolitik ging – nämlich um das bereits in der Zeit der Weimarer Republik vom Gesetzgeber beabsichtigte, dann aber gescheiterte Zurückdrängen des kirchli-

chen Einflusses auf die Schulen und auf die Ausbildung der Volksschullehrer in Bayern (siehe Auszug aus dem Referat). Ebert bemängelte, dass die Historiker und Politologen bei ihrer Darstellung der Viererkoalition den Akzent viel zu stark auf die den Koalitionspartnern mögliche Vergabe von politischen Ämtern und Posten als dem angeblich wichtigsten Motiv für die Koalitionsbildung legten. Es sei aber primär um die genannten kulturpolitischen Fragen gegangen. Nicht ohne Grund hätte der gesamte Wahlkampf des Jahres 1954 in Bayern unter dem von Waldemar von Knoeringen und der SPD gewählten Slogan „Licht übers Land“ gestanden, und es sei das einzige Mal in Deutschland gewesen, dass eine Regierungsbildung durch mehrere Parteien primär durch das einende Band einer im Lande selbst umstrittenen, von den Parteien der Vie-

Wilhelm Ebert, bis zunehmend machtpolitische Fragen bei der Bayernpartei und der Flüchtlingspartei GB/BHE („mit welcher der großen Parteien ist unser politisches Leben gesichert?“) die Kulturpolitik überlagerten. Gescheitert sei im übrigen die Viererkoalition keineswegs: „Die Viererkoalition hat das Ziel, die bayerische Bildungspolitik und die bayerischen Parteien insgesamt zu verändern, voll erreicht. Das wird häufig übersehen. Bildungspolitik in Bayern war nach der Viererkoalition in keiner einzigen Partei so wie vorher.“ Am deutlichsten zeigte sich das an der Haltung des nachfolgenden Ministerpräsidenten Hanns Seidel, der nicht bereit war, sich einem vatikanischen Diktat oder dem Diktat des bayerischen Klerus in der Schulpolitik zu unterwerfen, sondern nach einem Konsens strebte. Diesen Konsens im Lehrerbildungsgesetz von



Wilhelm Ebert und Karl Böck (rechts): Entkonfessionalisierung bayerischer Schulpolitik
Fotos: Heier

rerkoalition jedoch geteilten gemeinsamen kulturpolitischen Zielsetzung erfolgt sei – den Klerikalismus in Bayern und die zu starke konfessionelle Betonung des Schulwesens zu beenden. Alle anderen Punkte der Koalitionsvereinbarung seien Beiwerk gewesen, das bei nahezu jeder Regierungsbildung bis zum heutigen Tag eine Rolle spielt – wer welche Posten erhält, etc..

Die geschilderten kulturpolitischen Initiativen waren das Bindemittel, das diese Koalition zusammenhielt, so

1958 fädelte Wilhelm Ebert als Repräsentant der organisierten Lehrerschaft ein, der mit Ausdauer und politischem Geschick zwischen den beiden großen Parteien vermittelte. Heraus kam ein Lehrerbildungsgesetz, das sich kaum von dem der Viererkoalition, das 1956 nicht in Kraft treten konnte, unterschied. Es wurde vom Landtag einstimmig verabschiedet. Dies war, so Ebert, der Durchbruch einer „fachlichen gegenüber einer einseitig konfessionalistisch dominierten Argumentation“.

Verhandlungen mit dem Vatikan

Gleichzeitig öffnete sich die SPD erstmals für eine Diskussion über ihr Verhältnis zur Religion und zur katholischen Kirche, und zwar bei einer großen Tagung in der Katholischen Akademie in München: „So tiefgründig hat sich die SPD zuvor noch in keinem Land in Deutschland, und zwar die Parteispitze, mit solchen Sinn- und Zukunftsfragen auseinandergesetzt.“ Und für die drei kleineren Parteien, so Ebert, galt: Sie blieben trotz größter

Schwierigkeiten ihrem anfänglichen schulpolitischen Konsens treu. Seidel wiederum wollte den alten Streit aus dem bevorstehenden Wahlkampf heraushalten und übernahm daher in weiten Teilen die Vorstellungen der Viererkoalition von einer modernen akademischen Ausbildung der Volksschullehrer.

Das definitive Ende der Konfessionschulen in Bayern brachte freilich erst der Volksentscheid von 1968, dem ein Parteienkompromiss im Bayerischen Landtag sowie die Änderung des

Schulartikels des bayerischen Konkordats nach langwierigen Verhandlungen der Regierung mit dem Vatikan vorausgegangen waren. Über diesen speziellen Punkt berichtete eindrucksvoll als Teilnehmer im Publikum der ehemalige Amtschef im Bayerischen Kultusministerium und langjährige Kuratoriumsvorsitzende unserer Akademie, Karl Böck, der damals im Auftrag des bayerischen Ministerrates die schwierigen Verhandlungen mit dem Vertreter des Heiligen Stuhls, Erzbischof Basile, geführt hatte.

Jürgen Weber

Kampf gegen kirchliche Bevormundung in der Schule Auszüge aus dem Referat von Wilhelm Ebert

Gestern wurde deutlich, dass die Viererkoalition nur möglich war, weil sich auf dem Gebiet der Schulpolitik die CSU seit ihrer Gründung deutlich unterschied von den Auffassungen der anderen Parteien in Bayern und des Bayerischen Lehrerverbandes. Als Kristallisierungspunkt der vier Parteien stand die Frage der akademischen Lehrerbildung im Zentrum.

Seit 1848 spielte im Rahmen der wachsenden freiheitlichen und demokratischen Bewegung die Forderung nach einer Universitätsausbildung der Volksschullehrer in Deutschland eine zentrale Rolle. Es entwickelte sich daraus eine Art pädagogische Grundphilosophie mit einem mehr oder weniger artikulierten Programm, das über mehrere Generationen das pädagogische und politische Denken der organisierten Lehrer in Deutschland so auch in Bayern bestimmte. Verstärkt wurde dieses Bewusstsein durch die so genannte geistliche Schulaufsicht, bei der der Ortspfarrer ein Vorgesetzter des Lehrers war. Diese geistliche Schulaufsicht wurde zwar nach Beendigung des 1. Weltkrieges durch eine Verordnung der Revolutionsregierung 1918 und durch ein Gesetz des Bayerischen Landtags 1922 abgeschafft.

Doch auch nach der Beseitigung der geistlichen Schulaufsicht blieben mitunter klar, mitunter nebulhaft vermischt die Lehrer weiterhin in einer berufsbedingten persönlichen Abhängigkeit von der kirchlichen Obrigkeit.

Viele von Lehrern enthusiastisch vertretene pädagogische und schulorganisatorische Auffassungen wurden von den Kirchen bekämpft. So blieben trotz der liberalen Weimarer Reichsverfassung die Spannungen zwischen der organisierten Lehrerschaft und den Kirchen bestehen.

Im Ringen um die Zustimmung zum „Friedensvertrag von Versailles“ und um eine mehrheitsfähige Reichsregierung war die SPD derart auf ihren katholisch ausgerichteten Koalitionspartner fixiert und angewiesen, dass sie nachgab und dass sich im Kompromiss das katholische Zentrum im Bund mit der katholischen Bayerischen Volkspartei durchsetzte.

Die am 11. August 1919 in Kraft getretene Reichsverfassung trug in ihrem Wortlaut für das gesamte Reichsgebiet den zwei Kernanliegen des Deutschen Lehrervereins Rechnung: Die Verfassung legte in Art. 143 für die Lehrerbildung die wissenschaftliche Vorbildung an einer höheren Schule fest und den Erwerb der berufswissenschaftlichen Ausbildung an einer Hochschule. Dazu kam in Art. 146 die eindeutige Formulierung: „Das öffentliche Schulwesen ist organisch auszustalten. Auf einer für alle gemeinsamen Grundschule baut sich das mittlere und höhere Schulwesen auf. Für diesen Aufbau ist die Mannigfaltigkeit der Lebensberufe, für die Aufnahme eines Kindes in eine bestimmte Schule sind

eine Anlage und Neigung, nicht die wirtschaftliche oder gesellschaftliche Stellung oder das Religionsbekenntnis seiner Eltern maßgebend.“

Damit war die Gemeinschaftsschule als Regelschule festgeschrieben. In einem zweiten Absatz wurde dann die Konfessionsschule als Antragsschule ermöglicht: „Innerhalb der Gemeinden sind indes auf Antrag von Erziehungsberechtigten Volksschulen ihres Bekennnisses oder ihrer Weltanschauung einzurichten, soweit hierdurch ein geordneter Schulbetrieb ... nicht beeinträchtigt wird. Der Wille der Erziehungsberechtigten ist möglichst zu berücksichtigen. Das nähere bestimmt die Landesgesetzgebung nach den Grundsätzen eines Reichsgesetzes.“

Doch dieser Kompromiss machte eine gesetzliche Regelung nicht nur von Ländergesetzen abhängig, sondern der Art. 174 der Weimarer Reichsverfassung bestimmte zusätzlich: „Bis zum Erlass des in Art. 146 Abs. 2 vorgesehenen Reichsgesetzes bleibt es bei der bestehenden Rechtslage.“

Mit diesem inzwischen legendären „Weimarer Schulkompromiss“ konnte die Verabschiedung eines Reichsgesetzes mit Grundsätzen für die Ländergesetzgebung so lange blockiert und verhindert werden, wie die katholische Zentrumsparie und die Bayrische Volkspartei für ihre Schulprogramme eine parlamentarische Mehrheit auf ihrer Seite hatten. ...

... Erst mit der Hitlerdiktatur 1933 wurde diese Blockade beseitigt. Nicht wenige Lehrer sahen darin fälschlicherweise einen Aufbruch für die Gemeinschaftsschule. Das ganze Schulwesen wurde jedoch vereinheitlicht, auf die nationalsozialistische Ideologie ausgerichtet und es wurden parallel zu den höheren Schulen Lehrerbildungsanstalten errichtet. Der Zweite Weltkrieg und der Zusammenbruch des „Dritten Reichs“ beendeten diese Ära. Mit der bedingungslosen Kapitulation am 8. Mai 1945 wurde zugleich die deutsche Souveränität beseitigt. Bayern war von den siegreichen Amerikanern besetzt und die USA übernahmen die gesamte Regierungsautorität für dieses Land.

Doch es kam sehr schnell zu bayerischen Landesregierungen (Schäffer, Hoegner, Ehard), zu einer Verfassung und zu einem Landesparlament. Es war viel zerstört und es gab große Not. Die Unterrichtsverwaltung sowie viele Lehrerinnen und Lehrer (soweit sie überlebt hatten) standen vor einem Trümmerhaufen. In Nürnberg und München waren zwei Drittel aller Schulhäuser zerstört. Von 18.000 Volksschullehrern waren 10.000 entlassen worden. Schulklassen über 60 waren die Norm. Trotzdem wurde für die Volksschulen der Rechtszustand von vor 1933 wieder hergestellt und viele größere gemeinsame Schulen wieder in konfessionelle kleine und Zwergschulen zerlegt.

1946 wurde der Bayerische Lehrerverein (BLV) wieder gegründet, der sich an einem Wieder- oder auch Neuaufbau des Schulwesens aktiv beteiligte.

Unterstützung durch die Amerikaner

Etwa in derselben Zeit, angestoßen durch den Bericht einer US-Bildungskommission, formulierte die US-Besatzungsmacht ihre konkreten Schulvorstellungen (Zook-Commission). Es wurde deutlich, dass für die Amerikaner der Begriff der Demokratie nicht nur als Staatsform, sondern auch als Lebensform verstanden wurde. Wie der Deutsche Lehrerverein in der Weimarer Republik wandten sich die Amerikaner gegen die Undurchlässigkeit

des dreigliedrigen Schulwesens. Ich möchte hier erwähnen, dass nach meiner Erfahrung US-Berater zu großen Teilen in der Weimarer Zeit in Deutschland studiert hatten und mit jenem pädagogischen Gedankengut auch aus deutscher Sicht vertraut waren. Wie der Deutsche Lehrerverein gaben sie den pädagogischen Argumenten Vorrang gegenüber den kirchlichen oder konfessionellen Forderungen und Privilegien der Kirchen. Angelehnt an die amerikanischen Verhältnisse traten sie für eine für alle Schüler gemeinsame Elementar- und Sekundarbildung ein. Sie unterstützten direkt und indirekt die Lehrerbewegung als ein Instrument für die Entwicklung der Demokratie in Bayern.

Nachdem sie sich in Schulfragen vom Befehlen ab- und dem Überzeugen zugewandt hatten, halfen sie direkt und nachhaltig, insbesondere Dr. Bosl und mir, zusammen mit aktiven Kolleginnen und Kollegen, die wichtigsten Lehrerverbände als Arbeitsgemeinschaft Bayerischer Lehrer- und Erzieherverbände in einer Föderation mit eigener Zeitschrift und eigener Öffentlichkeitsarbeit zu vereinigen. Diese ABL entwarf auch das weithin bekannt gewordene Lehrerbildungsgesetz, das letztlich ein Grundelement bei den politischen Vor-Verhandlungen zur Viererkoalition wurde und insgesamt zu einer Änderung in der bayerischen Schulpolitik führte.

Zäher Kampf

Doch bis dahin war noch ein zäher Kampf zu führen. Der „Weimarer Schulkompromiss“ von 1920 und das 1924 abgeschlossene Konkordat mit dem Bayerischen Staat und noch stärker die von den Kirchen gewünschte und erreichte Privilegierung der Konfessionsschule in der Bayerischen Verfassung 1946 blockierten die schulische Entwicklung nach dem Zweiten Weltkrieg. So galt es gegen eine konfessionelle Lehrerbildung und konfessionelle und kirchliche Bevormundung im Volksschulwesen zu kämpfen. Wie vielleicht bekannt, habe ich mich in diesen Kampf namens des Bayerischen Lehrerverbandes auch persönlich aktiv und offensiv eingemischt. Hier der kurze Ausschnitt aus einer öffentlichen

Rede in der Technischen Hochschule in München am 20. März 1954 zum Thema „Elternrecht, Schule und Lehrerbildung“:

„Das Leben verlangt Umgang mit lauter Ungleiches! Die Aufgabe der Schule also muss sein: Zusammenleben auch mit gegensätzlich Denkenden und Fühlenden, einander kennen lernen, verstehen lernen, erleben lernen, immer wieder die Schüler erfahren zu lassen, dass auch der andere recht hat. Der Erziehungswert der Schule besteht darin, dass sich die Auseinandersetzungen unter den Augen des Erziehers vollziehen... Trennung schafft Vorurteile! Trennung bedeutet mangelhafte Vorbereitung fürs Leben! Die menschlich ärmste Schule ist die nach vielen Gesichtspunkten getrennte Schule. Es ist ein mildes und weltfremdes Ideal, sich voneinander abzuschließen, um dann ungestört, unbehelligt, „in Frieden“ zu leben. ...“

Meine Auffassung wurde von vielen als religions- und kirchenfeindlich ausgelegt. In Bekämpfung meiner und den BLV-Auffassungen in diesen Fragen wurden nicht selten die Mittel des moralischen Drucks und der Verleumdung bis hinein in existenzielle persönliche Schicksale von Kolleginnen und Kollegen gezielt und machtvoll eingesetzt.

Es kam zur Viererkoalition. Meines Wissens war es bisher das einzige Mal, dass in Deutschland eine Regierungsbildung allein auf Grund kulturpolitischer Auffassungen vollzogen wurde. Zu keinem Zeitpunkt scheiterte die Viererkoalition, die Regierung Hoegner, inhaltlich, d.h. an ihrem Programm. Im Gegenteil, die Viererkoalition brach zusammen, obwohl keine der Parteien das bisherige Programm aufgab. Negativ, doch unterschiedlich stark wirkten die Ergebnisse der Bundestagswahlen von 1957 auf die Koalitionsparteien. Sehr wohl überlagerten damit andere als schulische und landesspezifische Politikbereiche die Kulturpolitik, und mit Unterstützung der katholischen Kirche waren es machtpolitische Strategien der CSU, welche am 8. Oktober 1957 den Rücktritt Hoegners herbeiführten und das Ende dieser Regierung besiegelten. ...

Politische Bildung gehört zu den vornehmsten Regierungspflichten

Aus der Regierungserklärung von Ministerpräsident Dr. Wilhelm Hoegner vor dem Bayerischen Landtag am 17. Oktober 1956 über die Ziele seiner Regierung und die Gründung der Akademie für Politische Bildung *

... Das Problem im modernen Massenstaat besteht nur darin, einen vernünftigen Willen der Staatsbürger zustande zu bringen, Fehlentscheidungen möglichst zu vermeiden. Das setzt Urteilsfähigkeit der breiten Volksschichten voraus. Urteil bedeutet immer die Wahl zwischen verschiedenen Möglichkeiten, und zwar eine richtige und gerechte Wahl. Richtige Urteile beruhen auf Erkenntnis und Erfahrung. Politische Erkenntnis kann nur durch politische Bildung gewonnen werden. Die Bildung eines politischen Bewusstseins der breiten Volkschichten ist eine Schicksalsfrage unserer Demokratie.

Alle Völker, die ihre politischen Entscheidungen immer nach Gefühlen und Stimmungen getroffen haben, sind früher oder später der Tyrannis zum Opfer gefallen. Durch die Weltlage sind wir gezwungen, unsere demokratischen Einrichtungen gegen totalitäre Einflüsse zu verteidigen. Zu den Grundlagen der Demokratie gehören die Freiheitsrechte des Staatsbürgers gegenüber dem Staat. Den Wert der Freiheit dem deutschen Volk bewusst zu machen, der Freiheit, die andere Völker mit Strömen von Blut erkaufen mussten,

davon hängt der Bestand unserer Demokratie und der Kultur des Westens ab.

Wer die Freiheit gering achtet oder sie um das Linsengericht einer vermeintlichen materiellen Besserstellung verkauft, hat immer noch dafür büßen müssen. Wir können den Kampf gegen totalitäre Systeme nur gewinnen, wenn wir in der Freiheit der Staatsbürger ein kostlich Gut sehen, das wir mit Gut und Blut zu verteidigen haben. Die deutsche Freiheit ist nicht durch jahrhundertelange Überlieferung erhärtet und eingewurzelt wie die der Schweiz, der angelsächsischen und skandinavischen Völker. Sie ist durch jede Wirtschaftskrise bedroht und wir haben sie ja schon einmal verloren.
...

... Die Demokratie zu verteidigen, ist weder das Vorrecht noch die Pflicht einer einzigen Partei. Sie ist höchste Verpflichtung aller Parteien und Gruppen, die sich zur Demokratie bekennen. Damit gehört es auch zu den vornehmsten Pflichten einer Staatsregierung, politische Bildung auf breitestem Grundlage zu entwickeln und zu dieser Aufgabe alle demokratischen Kräfte des Landes heranzuziehen. Wir alle haben bisher auf diesem Gebiete zu wenig geleistet. Wir haben die Volksherrschaft als Selbstver-

ständlichkeit hingenommen. Sie ist es nicht. Wir müssen sie täglich erobern, um sie zu besitzen. Ich fordere daher in voller Erkenntnis der Gefahren, von denen wir im Geistigen und Politischen bedroht sind, alle Parteien des Landtags auf, nach dem Rechten zu sehen.

Wir müssen in gemeinsamer Arbeit ein Gesetz zur Errichtung einer Akademie für politische Bildung schaffen, die alle Möglichkeiten politischer Bildung im demokratischen Staate erforscht und zunächst die Lehrer ausbildet, die politische Bildung vermitteln können. Die Staatsregierung ist bereit, der Volksvertretung die erforderlichen Mittel zur Durchführung dieses Planes anzubieten.

Meine Damen und Herren, wir haben nicht viel Zeit zu verlieren. Die Staatsregierung ist entschlossen, zu handeln. Meine Herren Abgeordneten, tun Sie mit, damit unser heiß geliebtes Bayern, dem demokratisches Bewusstsein im Laufe der Jahrhunderte nie ganz verloren gegangen war, Deutschland ein Vorbild wird bei der Verteidigung der Volksfreiheit und der Volksrechte, die wir nie wieder verlieren wollen!

*Auszug aus: Karl-Ulrich Gelberg (Bearbeiter): *Quellen zur politischen Geschichte Bayerns in der Nachkriegszeit. Band 1 (1944-1957)*, München 2002, S. 613 f.

Verkrustungen in der Schulpolitik aufbrechen

Auszüge aus dem Referat von Hildegard Hamm-Brücher

Ich bin 1954 wieder in den Bayerischen Landtag gewählt worden – zum ersten Mal 1950 –, hatte also gerade meine erste Legislaturperiode hinter mir; ich war Abgeordnete der FDP, die damals noch die 10-Prozent-Hürde in einem Regierungsbezirk überspringen musste; das gelang ihr immer im protestantischen Mittelfranken, das in gewisser Weise ein liberaler Regierungsbezirk war, wo wir immer kultur- und schulpolitisch einen starken Rückhalt hatten. Ich war aber Abgeordnete von München und Oberbayern und hatte schon bei meiner ersten Wiederwahl sehr viele Zweitstimmen erhalten, weil ich mich schon als ganz junger Spund intensiv in die damals unglaublich verkrustete und dumpfe bayerische Schulpolitik eingemischt hatte.

Konfessionelle Trennung

Im Landtagswahlkampf des Jahres 1954 spielte ja die Frage die Hauptrolle, was können wir für die Lehrerbildung tun, d. h. für die Ausbildung unserer Volksschullehrer, die damals rein seminaristisch war, konfessionell getrennt und unter einem ganz starken Regiment der katholischen Kirche. Daran war auch nicht zu röhren und zu rütteln. Wir, die kleine FDP, hatten im Wahlkampf die Zielsetzung verfolgt, nach allem, was wir im Krieg erlebt hatten, die konfessionelle Trennung aufzuheben und die notwendige christliche Gemeinsamkeit bei der Erziehung unserer Kinder zu verwirklichen.

Damit hatten wir einen guten Zulauf, und es war Wilhelm Ebert und seinem Bayerischen Lehrerinnen- und Lehrerverband zu verdanken, dass er Kandidaten aus allen Parteien im Wahlkampf versammelte, um uns zu befragen, wie die verschiedenen Parteien zur Frage einer Reform der Lehrerbildung stünden. Das Ergebnis der Landtagswahl-

len im Jahr 1954 machte es dann möglich, dass vier Parteien – die SPD, die FDP, der BHE und die Bayernpartei – eine Regierungsmehrheit gegen die CSU bildeten. Das kam damals einem Erdutsch gleich. Ich war von Anfang an begeistert über dieses neuartige Vorhaben.

allerdings dominiert weitgehend der wirtschaftsliberale Flügel der FDP, und die meisten Sozialliberalen haben die Partei verlassen, nur ein kleines Häuflein tapferer Durchhalter sind in ihr geblieben. Doch das steht auf einem anderen Blatt. Zurück ins Jahr 1954:

Als ganz junge Abgeordnete habe ich weniger von der FDP als vielmehr von Waldemar von Knoeringen gelernt, was Parlamentarismus eigentlich ist. Und was eine parlamentarische Demokratie zu leisten hat. Wenn ich von meinen politischen Ziehvätern spreche, dann sind das immer zwei, nämlich Theodor Heuss und Waldemar von Knoeringen. Eine von dessen vielen menschlichen Gaben war es, junge Leute zu begeistern und heranzuziehen und sie in die Arbeit einzubinden. So hat mir Waldemar von Knoeringen im Parlament wichtige Reden anvertraut, z.B. zum „RuckerPlan“ (es ging dabei um das Ziel der Förderung von Wissenschaft und Technik) oder die erste Rede über die geplante Gründung der Akademie für Politische Bildung, und ich freue mich immer wieder, wenn aus dieser Rede noch heute zitiert wird; hinzu kamen Reden zur Lehrerbildung – ein mir wichtiges Thema, das schon zuvor sozusagen zu meinem täglichen



Hildegard Hamm-Brüchers Berichte ließen bayerische Landespolitik der Nachkriegszeit lebendig werden.

[...] Ich war damals ja noch blutjung, wurde aber dennoch bereits Fraktionsvorsitzende und habe vom ersten Tag an die Koalitionsverhandlungen zur Regierungsbildung mitgemacht. Unter

„Wenn ich von meinen politischen Ziehvätern spreche, dann sind das immer zwei, nämlich Theodor Heuss und Waldemar von Knoeringen.“

Hildegard Hamm-Brücher

dem Koalitionsvertrag steht auch meine Unterschrift, wobei die FDP ursprünglich gar nicht so vorgesehen war, deshalb steht dort: „zusätzlich für die FDP“ und dann meine Unterschrift. Ich gehörte damals in der bayerischen FDP nicht zum Establishment, das traditionell eine konservativ-liberale Politik zu machen versuchte. Die sozial-liberale Komponente, wie wir sie heute verstehen, kam erst später hinzu und wurde erst in den 60er Jahren zum Markenzeichen der FDP; seit 1982

Brot gehörte. Aber Knoeringen war einer, der mir Mut gemacht hat, denn als junge Frau kam ich mir nicht selten recht verloren in dieser Machowelt des Bayerischen Landtages vor. Der Knoeringen hat eben nicht nur SPD-Leute gefördert, sondern er hat sich aus allen Parteien junge Menschen ausgesucht, von denen er geglaubt hat, dass es sich bei denen lohne, sie zu guten Demokraten zu machen. Knoeringen war eben ein Sozialdemokrat, der für mich wesentlich und vor allem ein

Demokrat war. Er spürte diese verspätete Demokratiegründung in Deutschland nach 1945; er war besorgt, Anfang der 50er Jahre, über das Comeback vieler Nazis, er war besorgt, dass die Demokratie einfach nicht funktionierte, und ich erinnere mich noch an die vielen begeisterten Zuschriften, als es dann gelungen war, die Viererkoalition zu etablieren und wenigstens drei Jahre durchzuhalten. Leider nur drei Jahre; das war eben das Trauerspiel mit der Bayernpartei, denn ohne den Vertrag – anders kann man das nicht nennen – 1957 durch die Bayernpartei hätte die Koalition natürlich länger gehalten, hätten wir mehr bewirken können, hätten für unsere demokratische Entwicklung sicher noch viel Wichtiges leisten können, weil wir die Vorstellung hatten, wir müssen etwas für die demokratische Bildung und Erziehung junger Menschen machen, wir müssen Frauen mehr Bildungschancen geben und ihnen die Möglichkeit eröffnen, weiterführende Schulen zu besuchen.

Mehr Bildungschancen für Frauen

Es war ja damals eine entsetzliche Misere, dass Mädchen entweder auf konfessionelle oder die wenigen städtischen Schulen verwiesen wurden.

Wir hatten unter den Abiturienten in Bayern damals nicht einmal 20 Prozent Mädchen, heute sind es über 50 Prozent. Diese Defizite waren so enorm, dass ich als junge Frau mir das einfach zur zweiten Aufgabe in der Viererkoalition gemacht habe, hier für Abhilfe zu sorgen. Wir hatten keine Schuldirektorin, geschweige denn eine Referentin im Kultusministerium – nur für Handarbeit und Kochen gab es da eine Frau. Man kann sich das heute eigentlich gar nicht mehr vorstellen. Als ich einmal eine Anfrage machte, warum man nicht wenigstens die Sportausbildung der Lehrer ohne konfessionelle Trennung durchführen könnte, bekam ich vom damaligen Staatssekretär im Kultusministerium die Antwort, das ginge eben nicht, weil der Katholik eine ganz andere Auffassung vom menschlichen Leib als der Protestant habe.

Das können Sie alles nachlesen in den Protokollen des Bayerischen Landtages. Eine freche junge Frau, die versuchte, gegen solche autoritären und dumpfen Anschauungen aufzubegehren, hatte es natürlich nicht leicht.

Ohne die Viererkoalition, auch wenn sie nur drei Jahre hielt, hätten wir kein erfolgreiches Volksbegehren für die Gemeinschaftsschule in den 60er Jahren gehabt; ohne die Viererkoalition

hätte es auch diese Akademie nicht gegeben, denn die CSU wollte diese Einrichtung ja nicht, bis man Hanns Seidel überzeugen konnte, dass sie vielleicht auch für die CSU von Interesse sein könnte – zumal wir diese Akademie überhaupt nicht von einem Parteienstandpunkt aus für notwendig gehalten haben; es ging uns nicht um Proporzdenken, sondern wir wollten damit das Defizit unserer Demokratiegründung ein wenig kompensieren.

Und noch etwas zur Viererkoalition: Ich nahm regelmäßig an den Koalitionsbesprechungen in München teil, und ich habe später anderenorts an zahlreichen Regierungsgesprächen und Koalitionsverhandlungen teilgenommen, aber ich habe niemals wieder erlebt, dass man menschlich so anständig, so fair und so offen miteinander umgegangen ist wie während dieser Viererkoalition in München; ich habe kein einziges Mal eine Intrige erlebt, und von Knoeringen hätte damit sowieso nichts anfangen können. Diese menschliche Anständigkeit, die auch Ministerpräsident Hoegner auszeichnete, die Reife und die Erinnerung an das, was uns widerfahren war im Dritten Reich, hat uns einfach zusammengebracht. Heute kann man leider nichts mehr von dem wieder erkennen, was uns damals beflogt hat. ■

Mehr Licht und Durchblick beim Empfang



Der Neubau der Eingangshalle der Akademie konnte trotz der winterlichen Witterung in den letzten Wochen fast planmäßig vorangetrieben werden. Langsam lässt sich die Licht durchflutete Transparenz der neuen Rezeption erahnen. In Kürze wird das Gebäude für die Teilnehmer begehbar sein. Damit enden die langen Umwege durch den verschneiten Park zum Gästehaus. Beim Empfang und in den Pausen werden die Gäste zukünftig den Blick auf den See und den Park genießen können. Bei schönem Wetter lädt ein Balkon zum Verweilen unter freiem Himmel ein. Damit endet ein weiterer großer Bauabschnitt im Zuge der umfangreichen Brandschutzmaßnahmen, die die Akademie in den vergangenen Jahren durchführen musste. ms

„Den Kompass suchen, nach dem zu segeln ist...“

Waldemar von Knoeringen – Visionär und Reformer der Sozialdemokratie

2006 jährt sich zum hundersten Mal der Geburtstag des Mannes, der neben Wilhelm Hoegner die bayerische Sozialdemokratie der fünfziger und sechziger Jahre geprägt hat wie kein anderer: Waldemar von Knoeringen. Grund und Anlass genug, Lebensweg und Wirken des 1933 ins Exil gegangenen und 1946 zurückgekehrten Oberbayern näher zu beleuchten. Hintergrund der Veranstaltung war ein Publikationsprojekt unter der Leitung der Göttinger Historikerin Helga Grebing und des Münchener Geschichtswissenschaftlers Dietmar Süß über Knoeringen, das sowohl die Edition von Briefen und Reden umfasst, als auch interpretierende Berichte über Einzelaspekte und Abschnitte seines Lebens und seiner Arbeit beinhaltet. Die Tagung stellte ein Forum dar, in dem die Autoren ihre bisher erarbeiteten Ergebnisse vorstellten und mit Zeitzeugen sowie Historikern diskutierten.

1906 als Sohn eines verarmten, politisch konservativen Gutsbesitzers geboren, wurde Waldemar von Knoeringen traditionell katholisch erzogen. „Nicht so sehr Protesthaltung gegenüber dem Elternhaus“, so Hartmut Mehringer vom Münchener Institut für Zeitgeschichte, „war ab 1923 für seine Hinwendung zur Sozialdemokratie verantwortlich, er suchte vielmehr die intellektuelle Herausforderung und war sozial motiviert.“

Schon sehr früh entwickelte er sich zum unermüdlichen Warner vor der nationalsozialistischen Bedrohung, was dazu führte, dass er nach der Machtergreifung per Haftbefehl gesucht wurde. Seine Flucht führte ihn nach Wien, in die Tschechoslowakei, schließlich über Paris nach London, wo er im Herbst 1940 den „Sender der europäischen Revolution“ mitbegründete und dort bis zu dessen Schließung im Sommer 1942 arbeitete.

Tiefen Eindruck bei Knoeringen hinterließ sein Einsatz als Analyst deutscher Feldpostbriefe in Algerien nach der Kapitulation des deutschen Afrikakorps und als Betreuer deutscher Kriegsgefangener im Rahmen von Reeducation-Programmen in England.

Er musste dabei erkennen, wie tief das Hitler-Regime auch bei den einfachen Soldaten verankert war.

„Dezidierter Antistalinist“

Knoeringen, der in Großbritannien die Vorteile einer liberaldemokratischen, pluralistischen Gesellschaft erlebt hatte, sprach sich schon sehr bald nach seiner Rückkehr 1946 gegen Meinun-

krischen Sozialismus: „Der humane Sozialismus ist die Richtmarke, die wir setzen!“ „Der Mensch“, so lässt sich sein Menschenbild nach Grebing auf den Punkt bringen, „trägt in sich die Möglichkeit zur Freiheit.“ Knoeringen selbst beschrieb 1959 seine anthropologischen Überlegungen so: „Von der Geburt an liegt im Menschen das Gute und das Böse. Beides kann wirksam werden, ganz wie die Verhältnisse es fördern.“ Für den SPD-Politiker gab es aus der Sicht des Individuums nur einen Weg, um das Gute zu fördern, nämlich Bildung. Damit ist eines, einige Referenten zufolge sein zentrales, biographisches Leitmotiv benannt.

Auch für Julia Angster von der Universität Tübingen ist Knoeringens Hinwendung zur Bildung, insbesondere zur politischen Bildung, eine Folge seiner englischen Exilzeit. Knoeringen prägte besonders seine Arbeit mit Kriegsgefangenen in Wilton Park, einem Lager zur Umerziehung deutscher Offiziere. Darüber hinaus baute er vielfältige Kontakte zu englischen Wissenschaftlern und Politikern auf, die sich auch nach seiner Rückkehr fortsetzen.

Die Frage, wie die neue Ordnung nach dem Ende der NS-Barbarei aussehen solle, beschäftigte Knoeringen während und nach seiner Exilantenzeit. Seine Konzeption eines „aufgeklärten demokratischen Kulturstaaats“ wies dabei unter anderem der Religion eine zentrale Rolle zu. Parteien, so

gen aus, die die Sowjetunion als „Modell des Sozialismus im Werden“ als Beispiel für die deutsche Nachkriegsgesellschaft propagierten. Immer mehr entwickelte er sich in den Worten Helga Grebings zum „dezidierten Antistalinisten“. Seine Vorstellungen waren geprägt vom freiheitlichen bzw. demo-

Knoeringen in der Interpretation von Dietmar Süß vom Münchener Institut für Zeitgeschichte, dürften und könnten den religiösen Bereich nicht abdecken, sie seien dafür schlichtweg „nicht zuständig“. Mit den Kirchen müsse man über die geistigen und sittlichen Werte reden, dies gelte gerade und



Julia Angster: „Umerziehungsarbeit prägendes Erlebnis“



Dietmar Süß: „Einsatz für den Dialog zwischen der SPD und den Kirchen“

besonders für die sozialdemokratische Partei. Immer wieder setzte er sich für eine Entspannung des Verhältnisses insbesondere zur katholischen Kirche ein.

Dienende Funktion der Politik

Auf Knoeringens kulturpolitisches Engagement ging die frühere Vorsitzende der Georg-von-Vollmar-Akademie und ehemalige Landtagsabgeordnete Hedda Jungfer ein. Sein Konzept des „Kulturstaats“, das auch Eingang gefunden hat in das Godesberger Programm der SPD, ging von folgendem Kulturbegriff aus: „Kultur ist Summe und Ausdruck allen menschlichen Tuns, die natürliche Umwelt zu formen und die sittlichen Kräfte der menschlichen Persönlichkeit zur Wirkung zu bringen,“ wie es Knoeringen 1964 formulierte. „Menschenbildung“, verstanden als die Befähigung des Einzelnen, Zusammenhänge zu erkennen und sich verantwortliche Urteile zu bilden, ist in diesem Kontext die zentrale Bedingung für den Kulturstaat. „Der Politik“, so Jungfer, „wird damit gegenüber der Kultur eine dienende Funktion zugewiesen.“

Knoeringen war aber nicht nur (Vor)Denker, sondern auch Handelnder. Neben seinem Engagement innerhalb der Partei, z. B. durch dialogfördernde Forenbildung („Das Gespräch mit jedermann“), war er maßgeblich bei der Grundlegung der politischen Erwachsenenbildung in Bayern beteiligt. Neben der Kritischen Akademie in Inzell und der Georg-von-Vollmar Akademie sind hier insbesondere die Akademie für Politische Bildung Tutzing und die Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit zu nennen.

Akademiegründer Knoeringen

Heiko Tammena von der Georg-von-Vollmar Akademie in Kochel am See würdigte die Rolle Knoeringens bei der Gründung der damals noch Georg-von-Vollmar-Schule genannten Partei-

schule der bayerischen SPD. Nur ein Jahr nachdem Knoeringen 1947 zum Landesvorsitzenden gewählt worden war wurde das „Schlösschen“ auf dem Aspenstein vom Freistaat gepachtet. Im Sommer 1948 fanden bereits die ersten Kurse statt. Von Anfang an engagierte sich Knoeringen selbst mit Vorträgen im Rahmen der Schulung vornehmlich von SPD-Funktionären. Auch das Gesetz über die Gründung der Akademie für Politische Bildung wurde Tammena zufolge 1957 durch eine Studiengruppe in Kochel erarbeitet.



v.l. Hans-Jochen Vogel, Helga Grebing: „Was würde Waldemar jetzt raten oder tun?“

Von stärkeren Geburtswehen war die Gründung der Landeszentrale für politische Bildungsarbeit begleitet. Insbesondere die Frage, ob die Zentrale unter dem Dach der Staatskanzlei oder des Kultusministeriums angesiedelt werden sollte, bestimmte die Diskussion. Karl-Ulrich Gelberg von der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, der sich mit diesem Aspekt beschäftigte, hob hervor, dass es besonders Knoeringens Konzept war, das die Amerikaner stark beeindruckte und schließlich mit ihrem Einverständnis zur Errichtung der Landeszentrale führte.

Zur Beantwortung der Frage, was für ein Mensch Waldemar von Knoeringen war, konnte mit dem früheren Bundesminister und SPD-Vorsitzenden Hans-Jochen Vogel ein Zeitgenosse gewonnen werden, für den Knoeringen „Mentor im besten Sinne eines väterlichen Freundes“ war. Besonders die Förderung junger Sozialdemokraten

lag ihm am Herzen, viele von ihm initiierte Gesprächskreise sind hierfür Beleg. Als einen der größten Erfolge Knoeringens sah Vogel das Zustandekommen der Viererkoalition (1954-1957) an, bei der er Wilhelm Hoegner den Vortritt bei der Besetzung des Ministerpräsidentenamtes ließ (siehe auch Bericht auf den Seiten 24 bis 31 in diesem Heft).

Mit Herbert Wehner hatte Knoeringen während seiner Zeit als einer der stellvertretenden Bundesvorsitzenden so seine Schwierigkeiten, „die beiden wa-

ren zu unterschiedlich“, so Vogel. Die faszinierende Wirkung Knoeringens hatte viele Ursachen: „Seine Beredsamkeit, Begeisterungsfähigkeit, sein Weitblick, seine Glaubwürdigkeit, die daraus resultierte, dass bei ihm Reden und Handeln übereinstimmten.“ Gefragt nach dem Vermächtnis des 1971 im Alter von

65 Jahren verstorbenen Politikers nannte Vogel drei Punkte: „1. Die Politik darf sich nicht nur am Tagesgeschehen, sondern muss sich in erster Linie an Werten orientieren. 2. Gute Politik bedeutet, umkehren zu können, wenn man auf dem falschen Weg unterwegs ist, und schließlich 3. Führen heißt auch dienen.“

Obwohl er die bayerische SPD nicht zu großen Wahlerfolgen führen konnte und in der Bundespartei über keine starke Hausmacht verfügte, gescheitert war Waldemar von Knoeringen dem Urteil der Referenten nach ganz sicher nicht. Im Gegenteil: „Einiges, was bei der sozialdemokratischen, Lichtgestalt“ Willy Brandt zum Vorschein kam, war bei Waldemar schon angelegt!, so Helga Grebing, und Hans-Jochen Vogel ergänzte: „Es würde nichts schaden, öfter mal wieder zu fragen: Was würde Waldemar jetzt raten oder tun?“ ■

Manfred Schwarzmeier

BAYERISCHE STAATSZEITUNG vom 5. November 2004:

„Dialog der Generationen“ im Bayerischen Landtag

Wählen schon mit 16?

Experten für bessere Einbindung Junger und Alter in die Gesellschaft

„Junge Leute, argumentierte die Präsidentin des Bayerischen Jugendrings, Martina Kobriger, engagierten sich „überproportional“ für das Gemeinwesen, seien in politischen Gremien aber unterrepräsentiert. Dabei seien junge Leute von den heute fallenden politischen Entscheidungen „am meisten betroffen“. Kobrigers Wunsch: Die Parteien sollten sich stärker um Nachwuchs kümmern und junge Leute häufiger für aussichtsreiche Listenplätze vorsehen. Um junge Menschen früher aktiv in die Politik einzubinden, sollte zudem das Wahlalter gesenkt werden, meinte Kobriger. Ganz so weit wie der Münchner Rechtsanwalt Kurt-Peter Merk vom Verein Allgemeines Wahlrecht wollte Kobriger aber nicht gehen: Er plädiert für ein Wahlrecht ab Geburt und hat deshalb bereits Verfassungsklage erhoben. Sein Argument: Alle gesellschaftlichen Gruppierungen hätten die Möglichkeit, sich zu organisieren, um so ihre Interessen zu artikulieren, mit Ausnahme der Kinder. Hinzu komme, dass sich die Politik um die Interessen von potenziellen Wählern kümmere. „Aber Kinder sind keine Wähler.“ Funktionieren soll das Kinderwahlrecht laut Merk so, dass für Kinder bis zu 14 Jahren die Eltern abstimmen, danach sollen die jungen Leute selbst zur Urne gehen können. Auch Landtagspräsident Glück und der CSU-Abgeordnete Blasius Thätter konnten sich ein Familienwahlrecht vorstellen. Verfassungsrechtlich wäre das möglich, sagte Glück.

Martina Kobriger zeigte sich skeptisch: Wenn Eltern stellvertretend für ihren Nachwuchs wählen, wären die Kinder doppelt entmündigt, argumentierte sie. Es sei zudem nicht sicher, dass Eltern auch wirklich im Sinn ihres Nachwuchses abstimmten. Kobriger plädierte für eine Absenkung des

Wahlalters auf 16 Jahre, denkbar sei auch eine schrittweise weitere Abstufung auf 14. Das sah auch der SPD-Abgeordnete Linus Förster so: Jugendliche könnten mit 14 durchaus Entscheidungen treffen, sagte er. „Wir erwarten doch jetzt schon viel Verantwortung von 14-Jährigen.“ Die Stadtverordnete der Grauen Panther Wuppertal, Christa Aulenbacher, hielt ebenso wie Heinrich Oberreuter wenig von einer Absenkung des Wahlalters: Statt dessen sollte es jungen Leuten erleichtert werden, in Parteien

Karriere zu machen. Statt der üblichen „Ochsentour“ durch die Parteigremien sollten fähige Junge früher verantwortliche Positionen erreichen können, meinte die Seniorenpolitikerin. Heinrich Oberreuter argumentierte: „Sie können den Jugendlichen das Wahlrecht geben, aber sie werden nicht mit beiden Händen danach greifen.“ Grund: Junge Leute fänden den Politikbetrieb oft einfach „ätzend“. Oberreuter verwies auch darauf, dass die Interessen der jungen Generation von der Politik durchaus vertreten würden. Nichts sei in der aktuellen Politik so populär wie der Hinweis auf die Interessen der künftigen Generationen, sagte der Politikprofessor. „Das ist der eigentliche Orientierungspunkt politischen Handelns.“ ...

(siehe Bericht Seite 6-8)

BAYERISCHE STAATSZEITUNG vom 12. November 2004:

Sich als Mensch wieder entdecken

Die Menschen sehnen sich nach Jugendlichkeit. Alt werden ist out, obwohl die Realität ein anderes Bild zeichnet. Bereits 2040 wird jeder zweite Deutsche 60 Jahre alt sein, eine Tatsache, die die Gesellschaft und ihre auf Solidarität aufbauenden Versorgungssysteme vor neue Herausforderungen stellt. Doch welchen Platz hat das Alter in einer vom Jugendwahn besessenen Gesellschaft? Wie wird das Zusammenleben von Jung und Alt in der Zukunft aussehen? Und wie steht es um das Verhältnis von Autonomie und Solidarität? Diese und ähnliche Fragen diskutierte Landtagspräsident Alois Glück mit vier Experten im Rahmen der Dialog-Reihe.

Zwar ist es heute leicht, sich gegen Kinder und für eine teure Wohnung zu entscheiden – eine Entscheidung, die dem Verlangen nach Selbstbestimmung gerecht wird. Doch wer zahlt in einigen Jahrzehnten die teuren Operationen, wenn es kaum noch junge Menschen in der Gesellschaft gibt, die mit ihren Beiträgen die Solidargemeinschaft finanzieren, fragt Professor Eck-

hard Nagel, Leiter des Chirurgischen Zentrums des Klinikums Augsburg. Gleichzeitig würden Stimmen laut, nach welchen Kriterien Leistungen gerecht verteilt werden können. Die neue Generationengerechtigkeit werde sich vermutlich nicht mehr an dem jetzigen Solidarmodell ausrichten, sondern vielmehr daran, wer Kinder hat und damit einen Beitrag zur Gesellschaft leistet und wer nicht. Konkrete Lösungsvorschläge blieb das Podium jedoch schuldig. „Es gibt keine Alternative für die Gesellschaft ohne nachwachsende Generationen“, mahnt Nagel. Doch wie ist Solidarität in einer Gesellschaft möglich, die sich immer mehr auf ihre Autonomie beruft?

Gemeinschaft, sagte hierzu Professor Ernst Pöppel, Vorstand des Instituts für Medizinische Psychologie der LMU München, ist nicht möglich, wenn Themen immer nur auf die ökonomische Perspektive reduziert werden. Es müsse wieder eine Reflexion auf die ethischen und moralischen Grundwerte geben. Jeder Einzelne müsse sich die

Frage stellen, welche Konsequenzen sein Handeln für andere hat. Die Fähigkeit, „sich als Mensch wieder zu entdecken“, sei ein Programm der Erziehung, so Pöppel: Vor allem die ersten zehn Lebensjahre entscheiden über die Einbettung in die Gesellschaft. Kulturelle und ethische Werte würden noch unbewusst aufgenommen und der Grundstein für Solidarität werde gelegt. „Kultur wird zur Natur unserer selbst.“ ...

STARNBERGER MERKUR vom 15. Dezember 2004:

Mehr als Weihnachtsfrieden zwischen den Politikern

Renate Schmidt und Alois Glück plauschen in Tutzing

Hartwig Eckert konnte es kaum fassen. Als der Professor aus Flensburg am Montagnachmittag in Tutzings Akademie für Politische Bildung eine Diskussion mit Renate Schmidt (SPD) und Alois Glück (CSU) leitete, war von politischer Gegnerschaft zwischen den beiden nichts zu spüren. „Sie beide kommen doch aus verschiedenen politischen Lagern...“, kommentierte der Wissenschaftler die Harmonie von Bundesfamilienministerin und bayerischem Landtagspräsidenten verblüfft. Da konterte Renate Schmidt: „Der Glück ist doch nicht mein Feind!“

Um Zuhören ging es bei dieser Tagung, an der sich auch die Evangelische Akademie Tutzing, ein Universitätsinstitut und die Münchner „Stiftung Zuhören“ beteiligten. Die Veranstalter wiesen darauf hin, dass oft mangelndes Zuhören beklagt wird.

Dieses Problem haben Renate Schmidt und Alois Glück offenbar nicht. Die sozialdemokratische Vizegefrorene und der CSU-Mann kennen sich nicht nur gut, sie vermittelten ganz und gar den Eindruck, dass sie sich auch gut verstehen. Sie waren zur selben Zeit Fraktionsvorsit-

Friedrich H. Hettler schreibt in der BAYERISCHEN STAATSZEITUNG vom 12. November 2004:

Skepsis war unberechtigt

EZB-Banker Otmar Issing im Akademiegespräch zum Euro

... Viel Skepsis habe die Einführung des Euro begleitet, sagte Issing, zumal über Nacht die geldpolitische Souveränität auf eine suprareationale Institution, die EZB, übergegangen sei. Das Beste, was der neuen Währung

passieren konnte, so der Notenbanker, war, dass die technische Umstellung auf den Euro reibungslos funktionierte, zumal technische Pannen das Vertrauen in das neue Zahlungsmittel schon hätten erschüttern können. Wesentlicher sei es gewesen, das Vertrauen der Menschen und Märkte zu gewinnen, vor allem weil in Deutschland die Mark ja das Symbol für Stabilität, Wachstum und Wohlstand war. Den Vergleich Euro:Mark hält Issing aber für unangemessen, da man von einer Währung nicht mehr erwarten sollte als sie leisten kann. „Man darf eine Währung nicht überhöhen und mit Erwartungen überfrachten“, betonte der Volkswirtschaftler.

Die Bilanz seit Einführung des Euro sieht Issing positiv, „die Skepsis war unberechtigt“. Die durchschnittliche Preissteigerungsrate habe in den letzten Jahren zwei Prozent betragen. In 50 Jahren Mark sei die durchschnittliche jährliche Preissteigerungsrate bei 2,8 Prozent gelegen. Der gelungene Start des Euro – Vertrauen und Preisstabilität – dürfe aber nicht selbstzufrieden machen, warnte der EZB-Banker. Denn gegenüber Krisen wie den Ölpreisturbulenzen sei eine Notenbank machtlos. Sie könne nur dafür sorgen, dass die Preisstabilität erhalten bleibt. Zum Dauerthema Euro – Teuro erklärte Issing, dass es seit Einführung des Euro das Phänomen der „gefühlten Inflation“ gibt. Und er sei schon ziemlich überrascht, dass sich die gefühlte nur sehr langsam der tatsächlich gemessenen Inflation anpasst. Sicherlich, und dieser Fakt sei nicht zu bestreiten, seien viele Dinge des täglichen Lebens wesentlich teurer geworden. Dieser Umstand legt nun nahe zu sagen, alles ist teurer geworden.

(siehe Bericht Seite 9-11)

(siehe Bericht Seite 3-5)

Hartmut Dihm / Michael Piazolo (Hrsg.)
Staatsanwälte zwischen allen Stühlen?
Zur Stellung der Staatsanwaltschaft zwischen den Gewalten
Akademischer Verlag München, 2004, 56 S.,
ISBN 3-932965-82-5, Euro 14,-

In amerikanischen Filmen ist der Staatsanwalt häufig ein scharfer Hund. Einer, der mit allen Mitteln kämpft, um eine möglichst hohe Strafe für den Angeklagten zu erreichen. In Deutschland ist der Staatsanwalt dagegen eine eher farblose Figur, nämlich ein Behördenmitarbeiter, der allerdings ein gutes Image hat, weil er als seriös gilt. Die Deutsche Staatsanwaltschaft ist die objektivste Behörde der Welt, lernen die Juristen im Studium, denn Staatsanwälte ermitteln zu Lasten und zu Gunsten eines Angeklagten und unterstützen den Richter in seiner Wahrheitsfindung.

Aber wer näher hinschaut, wer sich in der Welt der Ankläger bewegt, weiß: Dieses schöne Bild hat Brüche. Eingebettet in eine strenge Hierarchie, manchmal angefeindet von verfolgten Bürgern, der Beeinflussbarkeit durch politische Entscheidungsträger verdächtigt und zugleich durch den Gesetzgeber in ihrer Stellung als Herrin des Ermittlungsverfahrens zugunsten der Polizei geschwächt, sachlich und personell schlecht ausgerüstet: Das sind – etwas überspitzt formuliert – die Arbeitsbedingungen der deutschen Staatsanwältinnen und Staatsanwälte. Sobald es um Politik geht, kommt schnell § 146 Gerichtsverfassungsgesetz (GVG) ins Spiel: „Die Beamten der Staatsanwaltschaft haben den dienstlichen Anweisungen ihres Vorgesetzten nachzukommen.“

Eine Reihe von Fragen wurden offen diskutiert: Können wir uns den unabhängig(er)en Staatsanwalt leisten? Können wir angesichts europäischer Standards überhaupt auf ihn verzichten? Brauchen wir ein externes Weisungsrecht des Justizministeriums, das angeblich nie ausgeübt wird? Was bedeuten die aktuellen Gesetzgebungspläne zum bayerischen Polizeiaufgabengesetz für die Staatsanwaltschaften?

Mehr Unabhängigkeit für die Ankläger: Die drei Berufsverbände – der Bayerische Richterverein e.V., die Neue Richtervereinigung, Landesverband Bayern sowie Richter und Staatsanwälte in ver.di Bayern – haben ihre Forderungen erhoben und zum ersten Mal auf einer Tagung gemeinsam durchaus kontrovers diskutiert. In dem vorliegenden Bändchen dokumentieren wir die zum Teil überarbeiteten Vorträge, die selbstverständlich die Meinung der jeweiligen Autoren widerspiegeln.



Hartmut Dihm / Michael Piazolo (Hrsg.)

Staatsanwälte zwischen allen Stühlen?

Zur Stellung der Staatsanwaltschaft zwischen den Gewalten



Michael Schröder / Axel Schwanebeck (Hrsg.)
Zeitungszukunft – Zukunftszeitung
Der schwierige Gang der Tagespresse in die Informationsgesellschaft des 21. Jahrhunderts
Verlag Reinhard Fischer, München 2005, 190 S.,
ISBN 3-88927-368-8, Euro 20,-

Noch Ende der 90er Jahre strotzten die deutschen Tageszeitungen vor Selbstbewusstsein: „Die Verlage sind für die Herausforderungen der sich rasant verändernden Kommunikationsbranche gut gerüstet. Das Medium Zeitung hat eine große Zukunft.“ Im Mai 2002 diagnostizierte der Branchenriese Springer „die schlimmste Krise“ seit 50 Jahren. Tatsächlich klingen die aktuellen Schlagzeilen über die Lage der deutschen Tageszeitungen bedrohlich:

- **Der Gesamtumsatz geht zurück:**

Die Umsatzrückgänge der Zeitungen beließen sich auf rund 5 Prozent. Einen so starken Rückgang wie Anfang der 2000er Jahre hat es seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs nicht gegeben. Beim Werbeumsatz war 2003 ein Rückgang von 10 Prozent zu verzeichnen.

- **Die Auflagen schrumpfen:**

Im 2. Quartal 2004 mussten die Verleger einen Rückgang der gesamten Auflage um mehr als 570 000 Exemplare täglich (-2 Prozent) hinnehmen.

- **Die Reichweiten sinken:**

Seit dem Ende der 70er Jahre ist eine kontinuierlich abnehmende Reichweite der Tageszeitungen zu beobachten. In der Generation der bis 19-Jährigen wird nur noch die Hälfte von Tageszeitungen erreicht.

- **Der Anteil an der Mediennutzung geht zurück:**

Die Zeitungen haben in den vergangenen 20 Jahren ein Fünftel ihrer täglichen Nutzungszeit verloren. Heute werden zwar immer noch rund 30 Minuten täglich für die Zeitung aufgewendet. Aber ihr Anteil an der Gesamtmediennutzungszeit sank auf 6 Prozent. Und immer mehr Bundesbürger unter 45 Jahren halten eine tägliche Zeitungslektüre für verzichtbar.

Vor dem aktuellen Hintergrund der Bemühungen des Bundeswirtschaftsministers Wolfgang Clement um Lockerungen im Pressekartellrecht erörtern Journalisten, Verleger, Geschäftsführer und Kommunikationswissenschaftler unter anderem folgende Fragen und suchen Strategien und Lösungen für einen Weg aus dem Tal der Tränen:

- Sind Zeitungen die Dinosaurier der Medienlandschaft? Oder haben sie eine Überlebenschance? Und wie sieht die aus?
- Was bedeutet die aktuelle Krise für die Konzentration auf dem Markt und damit für Vielfalt und Meinungsfreiheit?
- Wie kann in der aktuellen Situation Qualität in der Ausbildung und damit für die Zukunft gesichert werden?
- Welche Rolle spielt das Internet als Konkurrenz auf dem Nachrichtenmarkt heute und in Zukunft?
- Ist der immer knapper und teurer werdende Rohstoff Papier noch das geeignete Transportmittel für Informationen?
- Welche Strategien haben Journalisten und Verleger für die Bewältigung der Krise?



Die Autoren:

Michael BACKHAUS
 Rainer BONHORST
 Gerd BRUNNER
 Malte BUSCHBECK
 Claus DETJEN
 Ernst HEBEKER
 Harald KUPPEK
 Klaus Josef LUTZ
 Joachim MEINHOLD
 Horst RÖPER
 Stephan RUSS-MOHL
 Michael SCHRÖDER
 Axel SCHWANEBECK
 Gernot SITTNER
 Wolfgang STÖCKEL
 Uwe ZIMMER

Jahresbibliografien 2004

Prof. Dr. Dr. h.c. Heinrich Oberreuter

Der versäumte Wechsel. Eine Bilanz des Wahljahres 2002. (Hrsg.), Olzog, München 2004, 235 Seiten.

Weltpolitik im 21. Jahrhundert. Perspektiven zur neuen internationalen Staatenordnung. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2004. Hrsg. mit Armin A. Steinkamm und Hanns-Frank Seller, 574 Seiten.

Der Islam – Religion und Politik. Hrsg. mit Hans Waldenfels. Schöningh, Paderborn/München/Wien/Zürich 2004, 116 Seiten.

Inflexibilität als Methode? Wahlkampfstrategie, Profil und Lage der Unionsparteien. In: Heinrich Oberreuter (Hrsg.): Der versäumte Wechsel. Eine Bilanz des Wahljahres 2002. Olzog, München 2004, S. 46-63

Opposition – zur Wiederentdeckung eines Forschungsgegenstandes im Zeitalter von Transformation und Globalisierung. In: Heinrich Oberreuter / Armin A. Steinkamm / Hanns-Frank Seller (Hrsg.): Weltpolitik im 21. Jahrhundert. Perspektiven zur neuen internationalen Staatenordnung. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2004, S. 487-499

Mehr Demokratie wagen? Parlamentskritik und Parlamentsreformen in den 60er und 70er Jahren. In: Marie-Luise Recker (Hrsg.): Parlamentarismus in Europa. Deutschland, England und Frankreich im Vergleich. Oldenbourg, München 2004, S. 179-194 (= Schriften des Historischen Kollegs: Kolloquien 60).

Verfassung. In: Ludger Helms / Uwe Jun (Hrsg.): Politische Theorie und Regierungslehre. Eine Einführung in die politikwissenschaftliche Institutionenforschung. Campus Verlag, Frankfurt am Main / New York 2004, S. 45-73

Der Widerstand gegen die NS-Diktatur. In: Freiheit und Recht. Vierteljahresschrift für streitbare Demokratie und Widerstand gegen Diktatur, Nr. 2 / 2004, S. 4-7

Föderalismus in Deutschland. Situation und Entwicklung. In: Weiß-Blaue Rundschau 3/2004 (47. Jg.), S. 7-9.

Erkenntnis – Verstehen – Erinnern. Wider eine unzulässige Normalisierung der Zeitgeschichte. In: Hirschberg 4/2004 (57. Jg.), S. 186-189.

Dr. Jürgen Weber

Deutsche Geschichte 1945-1990. Grundzüge. Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit, 3. erweiterte Auflage, München 2004, 396 Seiten.

Germany 1945-1990. A Parallel History, Central European University Press, Budapest/New York 2004, 289 Seiten.

Föderalismus. Leitbild für die Europäische Union? Hrsg. mit Michael Piazolo, Olzog Verlag, München 2004, 336 Seiten.

Föderalismus als europäisches Modell – Zur Einführung (mit M. Piazolo). In: Föderalismus, s.o., S. 11-21.

Die Europäische Union als Föderation – Ein Mehrakter mit offenem Schluss (mit M. Piazolo). In: Föderalismus, s.o., S. 300-315.

Vom Zweiten Weltkrieg bis zur Gegenwart (mit Bernhard Pfändtner unter Mitarbeit von Sabine Lück), Buchners Kolleg Geschichte, Buchners Verlag, 2. Auflage, Bamberg 2004, 380 Seiten.

PD Dr. Michael Piazolo

- Der Rechtsstaat, 3. Aufl., Bayer. Landeszentrale für politische Bildungsarbeit, München 2004.
- Die Europäische Union als Föderation – Ein Mehrakter mit offenem Schluss.
In: Piazolo, Michael / Weber Jürgen (Hrsg.), Föderalismus – Leitbild für die Europäische Union?
München 2004, S. 300-316.
- Die Europäische Union – Vision, Verfassung und Vermittlung.
In: Forum Politikunterricht, 1/04, S. 2-10.
- Föderalismus als europäisches Modell. In: Piazolo, Michael / Weber, Jürgen (Hrsg.):
Föderalismus – Leitbild für die Europäische Union? München 2004, S. 11-25.
- Politik und Wirtschaft. Jahrgangsband 7/8 für das Gymnasium, Berlin 2004, S. 143-146.
- Integraler Föderalismus und Katholische Soziallehre – Zwei Wege zu einem solidarischen,
wertfundierten Europa. In: Marhold, Hartmut (Hrsg.): Festschrift für Ferdinand Graf Kinsky,
Nizza 2004, S. 84-106.
- Föderalismus – Leitbild für die Europäische Union?, hrsg. mit Jürgen Weber, München 2004.
- Solidarität. Deutungen zu einem Leitprinzip der Europäischen Union, Würzburg 2004.
- Politik und Wirtschaft Hessen. Band I, für das Gymnasium, Berlin 2004, S. 142-145.
- Staatsanwälte zwischen allen Stühlen? Die Staatsanwaltschaft im Gewaltengefüge Deutschlands.
München 2004.

Dr. Manfred Schwarzmeier

- Gouvernementale Kontrolle und parlamentarische Mitsteuerung. Wirkmechanismen
informalen Einflusses zwischen Regierung und Parlamentsmehrheit.
In: Everhard Holtmann / Werner J. Patzelt (Hrsg.): Kampf der Gewalten? Parlamentarische
Regierungskontrolle – gouvernementale Parlamentskontrolle. Theorie und Empirie.
VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2004, S. 55-83
- Grenzen der Gefolgschaft. Die Mineralölsteuerbefreiung für Privatflieger als Beispiel
parlamentarischer Mitsteuerung. In: Everhard Holtmann / Werner J. Patzelt (Hrsg.):
Kampf der Gewalten? Parlamentarische Regierungskontrolle – gouvernementale
Parlamentskontrolle. Theorie und Empirie.
VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2004, S. 269-288
- Gegen Rechts. Moderne Strategien gegen Rechtsextremismus.
In: Freiheit und Recht. Vierteljahresschrift für streitbare Demokratie und Widerstand
gegen Diktatur, Nr. 1 / 2004, S. 10-11
- Beschweigen als Therapie? Geschichte der Kinder- und Jugendpsychiatrie in Deutschland.
In: Neurotransmitter. Zeitschrift für Neurologie, Psychiatrie, Psychotherapie aktuell Nr. 7+8 / 2004,
S. 45-46
- Die Zerstörung des Menschen. Psychiatrie im Dienste totalitärer Herrschaft.
In: Neurotransmitter. Zeitschrift für Neurologie, Psychiatrie, Psychotherapie aktuell Nr. 11 / 2004,
S. 45-47
- Politikverdruss ist kein Muss! Enorme Vielfalt an bürgerschaftlichen Beteiligungsmöglichkeiten.
In: Petra-Kelly-Stiftung: Tagungsnachlese,
www.petra-kelly-stiftung.de/sites/rblick.pl?50.txt_uebersicht_117 (Stand 12/04)

Themen Tagungen Termine

Für die mit einem * gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

April

14-1* 4. – 6. April

Neue Wege des Sozialkundeunterrichts

Seminarlehrer/innen am Gymnasium und an Realschulen

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Jürgen Weber/Siegfried Münchenbach

Sekretariat: Ina Raus Tel. 08158/256-53

14-5* 4. – 6. April

Grundfragen der Staatsbürgerlichen Bildung

Seminarlehrer/innen für Staatsbürgerliche Bildung am Gymnasium

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Jürgen Weber/Claudia Reichmann

Sekretariat: Ina Raus Tel. 08158/256-53

14-2* 6. – 8. April

Gentechnik als Problem der politischen Bildung

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Siegfried Münchenbach/Alexander Ohgke/Karl-Heinz Willenborg

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

14-3 8. – 9. April

Quo vadis Europa? Gedanken zur Finalität der Europäischen Union

Leitung: Michael Piazolo

Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46

14-4 10. – 12. April

Zwischen mp3-player und Internet

Radio-Workshop für Lokalradiojournalisten

In Zusammenarbeit mit dem Projektteam Radiojournalismus

der Bundeszentrale für politische Bildung

Leitung: Michael Schröder/Berthold Flöper

Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46

15-1* 11. – 15. April

Die Wiedervereinigung Deutschlands: Ein missglücktes Wunder?

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Peter Hampe/Eva Post

Sekretariat: Ina Raus Tel. 08158/256-53

15-3 15. – 17. April

Ökosteuer wohin? Ökologische Finanzreform und Emissionshandel in Europa

In Zusammenarbeit mit dem Verein „Ökologische Steuerreform“

Leitung: Peter Hampe/Karl-Heinz Willenborg/Anselm Görres

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

16-1 22. – 23. April

8. Mai 1945: Folgen der Katastrophe – Chancen des Neubeginns

Leitung: Jürgen Weber/Karl-Heinz Willenborg

Sekretariat: Ina Raus Tel. 08158/256-53

Themen Tagungen Termine

Für die mit einem * gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

17-1* 25. – 29. April

Wirtschafts- und Sozialpolitik aktuell

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen
Leitung: Peter Hampe/Günter Grunick
Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

17-2 29. April – 1. Mai

Vision und Wirklichkeit – Utopien im Spielfilm

In Zusammenarbeit mit der LAG Film Bayern
Leitung: Michael Schröder/Walter Stock
Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46

Mai

18-1 2. – 4. Mai

Städte in der Schuldenfalle

Lokaljournalismus und der kommunale Haushalt
In Zusammenarbeit mit dem Institut für Journalistenausbildung und Kommunikationsforschung an der Universität Passau
Leitung: Michael Schröder
Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46

19-1* 9. – 13. Mai

Größer, stärker, besser? – Die Zukunft der Europäischen Union

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen
Leitung: Michael Piazolo/Claudia Reichmann
Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

19-2* 10. Mai

Lehrergesundheit – Stressbewältigung im Lehrerberuf

Leitung: Jürgen Weber
Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

21-1 23. – 26. Mai

350 Years of American Jewry, 1654 – 2004: Transcending the European Experience?

In Cooperation with Ludwig-Maximilians-Universität and Universität Erfurt
Leitung: Miriam Wolf/Cornelia Wilhelm/Christian Wiese
Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46

21-2 27. – 29. Mai

Flucht aus Deutschland?

Unternehmen zwischen wirtschaftlicher Logik und sozialer Verantwortung
Leitung: Peter Hampe
Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

Themen Tagungen Termine

Für die mit einem * gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

Juni

22-1 2. – 3. Juni

Führen Regierungen tatsächlich?

Gouvernementale Steuerungspraxis in vergleichender Perspektive

In Zusammenarbeit mit der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft

Leitung: Manfred Schwarzmeier/Everhard Holtmann/Werner J. Patzelt

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

22-3 3. – 5. Juni

Parlament und Völkerrecht

In Zusammenarbeit mit der Deutschen Vereinigung für Internationales Recht

Leitung: Heinrich Oberreuter/Gerald Kretschmer/Rudolf Geiger

Sekretariat: Sybille Haug Tel. 08158/256-47

22-4 3. - 5. Juni

Weltweites Konfliktmanagement

Leitung: Saskia Hieber

Sekretariat: Ina Raus Tel. 08158/256-53

23-1* 6. – 10. Juni

Perspektiven der internationalen Entwicklungspolitik

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Saskia Hieber/Claudia Reichmann

Sekretariat: Ina Raus Tel. 08158/256-53

23-2 6. – 10. Juni

Nachhaken und durchblicken – Recherchetraining für Volontäre

In Zusammenarbeit mit dem Institut für Journalistenausbildung und Kommunikationsforschung an der Universität Passau

Leitung: Michael Schröder

Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46

23-3 10. – 12. Juni

Regieren mit weniger Geld

Reformpolitik in Zeiten knapper Kassen

Leitung: Michael Schröder/Manfred Schwarzmeier/Jürgen Weber

Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46

24-1 13. – 15. Juni

Würde bis zum Lebensende?

Altern, Sterben und Sterbehilfe

Leitung: Miriam Wolf

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

24-3 17. – 19. Juni

50 Jahre Bundeswehr – zwischen Tradition und Transformation

Leitung: Saskia Hieber

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

Themen Tagungen Termine

Für die mit einem * gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

24-4 19. Juni

Tetralog

Europäische Wochen Passau

Leitung: Heinrich Oberreuter

Sekretariat: Sybille Haug Tel. 08158/256-47

25-1* 20. – 24. Juni

Deutschland – 15 Jahre nach der Wiedervereinigung

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Jürgen Weber/Siegfried Münchenbach

Sekretariat: Ina Raus Tel. 08158/256-53

25-2* 20. – 24. Juni

Politik in der Mediendemokratie

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Michael Schröder/Gottlieb Gaiser

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

25-5 22. Juni

Akademiegespräch im Landtag

Leitung: Heinrich Oberreuter

Sekretariat: Karin Sittkus Tel. 08158/256-49

25-3 24. – 26. Juni

Staaten vom Reißbrett?

Von den Versuchen zum Nationbuilding

Leitung: Michael Piazolo

Sekretariat: Ina Raus Tel. 08158/256-53

26-2* 27. – 29. Juni

Besser lernen, flexibler arbeiten – Frauen und Familien unter Stress

Tagung mit dem Deutschen Hausfrauenbund Bayern

Leitung: Karl-Heinz Willenborg

Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46

E-Mail-Adressen der Sekretariate:

Sybille Haug

Chefsekretariat@apb-tutzing.de

Heike Bäuerle

H.Baeuerle@apb-tutzing.de

Renate Heinz

R.Heinz@apb-tutzing.de

Ina Raus

I.Raus@apb-tutzing.de

Karin Sittkus

K.Sittkus@apb-tutzing.de

Namen und Nachrichten

aus der Akademie

DIREKTOR

Prof. Dr. Heinrich Oberreuter moderierte zwei Diskussionsforen der Deutschen Vereinigung für Parlamentsfragen in Berlin zu den Themen „Beruf und Berufung: Karrieren, Rollen und Einstellungen deutscher Parlamentarier sowie „Vertrauen und Vertrauensverlust: Zur aktuellen Demokratiediskussion“. Er hielt Vorträge u.a. über die Glaubwürdigkeitskrise der Politik in Krailling, über „Die politische Bedeutung des Christlichen – Beobachtungen aus der Parteienforschung“ in Kloster Banz sowie über das Thema „Orientierungspfade durch die Unübersichtlichkeit: Erosion der Demokratie? – Aufgaben der politischen Bildungsarbeit“ in Wildbad Kreuth. Darüber hinaus referierte er über Zukunfts-perspektiven von Akademien im Rahmen eines Symposiums der Schwabenakademie Irsee und hielt den Festvortrag zur Kulturpreisverleihung des Landkreises Erding über „Bildungspolitik in der Wissensgesellschaft“. Auf dem Kongress der Bundeszentrale für politische Bildung „Abenteuer Bildung – Zur Zukunft der politischen Bildung“ in Paderborn hielt er die „Brandrede“. Anlässlich einer Tagung der Öffentlichkeitsreferenten der deutschen Parlamente sprach er im Maximilianeum über „Öffentlichkeitsarbeit – Parlamentskritik und Parlamentsreform“.

KOLLEGIUM

Prof. Dr. Peter Hampe konnte sein 25-jähriges Dienstjubiläum in der Akademie feiern. Direktor Heinrich Oberreuter (rechts) dankte ihm für seinen Einsatz und würdigte die breite volkswirtschaftliche Kompetenz und Erfahrung des Jubilars, die zukünftig nur schwer zu ersetzen sein werde. Seine Kontakte in Politik, Wirtschaft und Wissenschaft würden der Akademie fehlen. Hampe scheidet demnächst wegen Erreichen der Altersgrenze aus dem Dienst der Akademie aus. Er ist Honorarprofessor an der TU Dresden und Vorsitzender des Landesverbands Bayern der Deutschen Vereinigung für politische Bildung.



Dr. Michael Piazolo hielt in Wien auf Einladung des Mitteleuropäischen Bildungszentrums einen Vortrag zum Thema „Das Europäische Rechtssystem zwischen Integration und Kooperation“.

Ich interessiere mich für folgende Seminare und bitte um Zusendung der ausführlichen Tagungsprogramme:
(aus organisatorischen Gründen bitte maximal fünf Seminarnummern angeben)

Etwas 4 - 6 Wochen vor Seminarbeginn erhalten Sie von uns die Unterlagen für Ihre verbindliche Anmeldung.

Name..... Vorname.....

Straße.....

PLZ..... Ort.....

Tel..... Fax..... E-Mail.....

Beruf/Institution..... Geburtsjahr.....

Mit dieser Rückmeldung erkläre ich mein Einverständnis zur Verwendung meiner persönlichen Daten im Rahmen der tagungsbezogenen Datenverarbeitung der Akademie für Politische Bildung Tutzing